

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 35. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Fortsetzung der Sitzung vom 11. Dezember 2007 (Sitzung No. 34)

Sitzungsdatum: 13. Dezember 2007
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 20.45 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Susanne Studer, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Roman Meury
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv.

Gäste: -.-

Entschuldigt: Adam Rolf
Cueni Lucius
Hauser Simone
Gass Jürg, ab 18.40 Uhr anwesend
Von Arx Peter
Wartenweiler Joel
Weber Killer Juliana

Abwesend: -.-

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr: 33 Anwesende = 22 Stimmen
18.40 Uhr: 34 Anwesende = 23 Stimmen

Bereinigte Traktandenliste (Fortsetzung der Beratungen gem. Traktandenliste 11. / 13.12.007)

- | | |
|---|-------------------|
| 2. Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2007 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2007 betreffend Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2008 - 2012 | Geschäft 3744 / A |
| 3. Bericht des Gemeinderates vom 17.10.2007 betreffend Teilrevision des Reglements über die Feuerwehr Allschwil vom 12. Juni 2007, direkte Beratung, 1. Lesung | Geschäft 3750 |
| 4. Bericht des Gemeinderates vom 08.08.2007 betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 38'000.00 für die Schaffung der notwendigen Büroräumlichkeiten und deren Einrichtung und Ausstattung bei den Sozialen Diensten | Geschäft 3740 |
| 5. Bericht des Gemeinderates vom 07.11.2007 betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 2'080'000.00 inkl. MWST (mit Holzpellettheizung) für die Erstellung eines ‚Begegnungszentrums / Robinson-Spielplatz am Hegenheimermattweg‘ (Parzelle A 263) | Geschäft 3615B |
| 6. Bericht des Gemeinderates vom 26.09.2007 betr. Postulat J. Gass, SP, i.S. 3xjährliche Überprüfung des Mühlebachs auf Wasserqualität | Geschäft 3412A.1 |
| 7. Bericht Büro Einwohnerrat vom 29.10.2007 betreffend Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Allschwil vom 12.04.2000, Verfahrenspostulat Josua M. Studer betreffend schriftliche Beantwortung von Interpellationen | Geschäft 3724A |
| 8. Postulat Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 19.06.2007, betreffend Kein Aussteigen am Morgartenring, sondern Basel-Allschwil direkt mit dem 6er! | Geschäft 3737 |
| 9. Postulat Sarah Lorenz, CVP, vom 20.06.2007, zu den Auswirkungen der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die Gemeinde Allschwil | Geschäft 3738 |
| 10. Postulat Mathilde Oppliger / Felix Keller, CVP-Fraktion, vom 12.09.2007, betreffend Einführung Gemeinde-Tageskarte | Geschäft 3747 |

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Markus Rudolf-von-Rohr / Jörg Bertsch

Einwohnerratsprotokoll Nr. 35 vom 13. Dezember 2007

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Susanne Studer

Begrüssung

Susanne Studer, Präsidentin: Begrüsset die Anwesenden, teilt Entschuldigungen mit und lässt die Präsenz überprüfen.

Traktandenliste

Susanne Studer, Präsidentin: Wir verfahren gemäss der Traktandenliste vom Dienstag weiter.

317 07.011 Finanzplan/Jahreskontoblätter

Traktandum 2

Berichte des Gemeinderates vom 19.09.2007 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2007 betreffend Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2008 – 2012 Geschäft 3744

Gemeinderatsvizepräsidentin Nicole Nüssli-Kaiser, Vorsteherin Finanzen – Steuern: Bevor ich anfangen mit dem Finanzplan und mit meinen Ausführungen zum Finanzplan '08 bis 2012, möchte ich noch gerne die Frage von Christoph Morat beantworten, betreffend die Steuerabschreibungen, die wir im Budget '08 erhöht haben von Fr. 370'000 auf Fr. 425'000. Der Grund liegt darin, dass wir geschaut haben, was war der Stand Mitte Jahr mit diesen Steuerabschreibungen, die wir dort schon hatten, und dass wir das dann hochgerechnet haben auf Ende Jahr. Wir müssen jetzt im Vergleich, wenn wir jetzt den Stichtag machen, leider feststellen, dass wir mit dieser Zahl ziemlich richtig liegen. Also diese massive Zunahme ist einfach eine Tatsache. Der Grund dieser Zunahme liegt aus meiner Sicht hauptsächlich in der grossen Anzahl Scheidungen, die eben immer mehr zunehmen und dazu führen, dass die Leute dann Unterhaltbeiträge zahlen müssen und die Steuer nicht mehr zahlen können, und es gerichtlich sogar sanktioniert bekommen, dass sie nicht zahlen müssen. Sie stellen dann ein Steuererlass-Gesuch, und dieses müssen wir wiederum bewilligen. Das ist leider eine Tatsache.

Nun zu den Ausführungen zum Finanzplan. Es freut mich ausserordentlich, dass ich heute nochmals das Wort bekomme, um Ihnen den Finanzplan präsentieren zu dürfen, nachdem ich am Dienstag bereits zum Budget '08 ein paar Folien zeigen durfte. Der Prozess, wie dieser Finanzplan zustande gekommen ist, ist eigentlich einer, der praktisch immer der gleiche ist, mit Ausnahme der Sache, die wir dieses Jahr im August 2007 durchgeführt haben, das ist nämlich dieser Workshop des Gemeinderates. Ich durfte bereits bei meinen Ausführungen zum Budget '08 sagen, was wir dort alles gemacht haben, und ich darf hier nochmals sagen, es war eine grosse Arbeit, die der Gemeinderat dort geleistet hat. Der Gemeinderat durfte sich dort über viele finanztechnische Fragen beraten lassen von den Mitarbeitern aus den einzelnen Abteilungen, aber musste sich verschiedene Fragen auch selber beantworten, indem er sich nämlich die Prognose vornehmen musste. Einerseits war das ganze Thema NFA – Umsetzung NFA – dieses ganze Paket ein Thema, auch das sagte ich gestern schon. Das ist leider Gottes ein ganz grosses Paket mit verschiedenen vielen Fragezeichen, von denen der Gemeinderat bis heute noch nicht definitiv weiss, ob das wirklich so eintreffen wird. Tatsache ist, der Gemeinderat hat in Abklärung dieser ganzen Angelegenheiten dort eine Mehrbelastung von Fr. 400'000 in jedem Jahr eingesetzt. Das ist einerseits die ganze Spitex-Angelegenheit, aber auch die ganze Thematik mit diesen EL-Beiträgen, Ergänzungsleistungs-Beiträgen, mit dieser Regelung, dass der Bund mehr zahlt, etc. Also wie gesagt, unter dem Strich gehen wir davon aus, dass das ganze Paket für die Gemeinde Allschwil Fr. 400'000 Mehrbelastung in jedem Jahr bringen wird. Ob das so ist, ist aber wie gesagt höchst vage; es könnte viel mehr sein, es könnte aber auch viel weniger sein. Dann weiter ist das ganze Thema Unternehmenssteuerreform nochmals genau angeschaut worden an diesem Workshop. Diese Thematik ist halt nach wie vor immer noch offen. Die Unternehmenssteuerreform ist ja erst seit 1.1.08 in Kraft; wir wissen nicht, ob es wirklich so herauskommt, wie wir uns das bis jetzt vorgestellt haben. Aber wir gehen davon aus, dass eine leichte Zunahme zu verzeichnen ist bei den juristischen Personen trotz dieser Unternehmenssteuerreform. Weiter haben wir verschiedene Sparmöglichkeiten dort schon diskutiert, wir haben die ganzen Dienstleistungen unserer Gemeinde schon mal durchgekämmt und geschaut, wo allenfalls noch Sparmöglichkeiten offen sind. Vor allem aber hat der Gemeinderat an dem Workshop im August 2007 sämtliche Investitionen angeschaut, die sich in unserer Gemeinde bis ins Jahr 2020

präsentieren. Das heisst also, wir sind über den Zeitpunkt des eigentlichen Finanzplanes hinausgegangen, und zwar weit darüber hinausgegangen, nicht nur bis 2012 den Horizont erstreckt, sondern über eine Zeitspanne bis 2020. Wir liessen uns aufzeigen, wie die ganze Investitionsplanung aussieht, und zwar nach allen Abteilungen der ganzen Gemeinde. Das gab dort schon Diskussionen – ich zeige Ihnen nachher einmal so eine Folie – und wir haben eben leider dort schon gesehen, dass wir priorisieren müssen. Das heisst, alle Investitionen, die uns vorgelegt wurden, können wir, einfach aufgrund des Machbaren, Verkräftbaren, finanziell Verkräftbaren, so nicht durchziehen. Das heisst, wir haben dort schon, an dem Workshop, die Priorisierung vorgenommen aufgrund einfach des Machbaren. Im Weiteren haben wir an dem Workshop – und das ist ja schon ein Anliegen der FiReKo, das schon länger an den Gemeinderat herangetragen wurde – die Spezialfinanzierungen im Einzelnen näher angeschaut und haben uns bei jeder einzelnen Spezialfinanzierung finanzstrategische Ziele gesetzt. Das heisst, dass wir in Zukunft auch wissen, wie es bei den Spezialfinanzierungen in der Zukunft auf die Zeitachse bis 2012 und sogar weiter hinaus aussehen wird. Im Weiteren, nach diesem Workshop, haben wir dann im Gemeinderat die Eckwerte definiert, die die Basis sind von dem Finanzplan, den Sie jetzt vorliegen haben. Die Eckwerte, das sind Teuerung, Passivzinsen, Zuwachs Steuern; und wie gesagt haben wir dann auch die ganze NFA-Thematik nochmals angeschaut. Das Ganze ist dann zum ersten Finanzplanentwurf ausgegoren, und dann hat es halt wieder eine Überarbeitung gebraucht, und wir mussten nochmals darangehen, die ganzen Investitionen zu priorisieren, und die Beiträge vor allem bei den Investitionsvorhaben einfach aufgrund es Machbaren und des finanziell Verkräftbaren anzuschauen. Im Folgenden haben wir dann drei Varianten ausgearbeitet, diese drei Varianten haben Sie dann auch bekommen, und zwar mit dem Steuerfuss einmal 58 %, 59 % und 60 %. Der Grund, weshalb wir Ihnen diese Varianten vorlegten, ist der, dass wir der Meinung sind, Sie müssen einfach einmal alle Fakten auf dem Tisch haben. Der Finanzplan ist ja ein Instrument des Gemeinderates, er geht aber an den Einwohnerrat und wird vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen. Und mit dieser Kenntnisnahme hat dann der Einwohnerrat die Möglichkeit zu sehen, wo der Gemeinderat finanzpolitisch hin will. Und damit der Einwohnerrat wirklich alles sieht, ist der Gemeinderat der Meinung, es war richtig, dass wir Ihnen drei verschiedene Varianten aufzeigen mit drei verschiedenen Steuerfüssen von 58 bis 60 Prozent. Dann wurde der Finanzplan im Gemeinderat beraten und verabschiedet, die FiReKo hat den Finanzplan überprüft, hat ihren Bericht dazu abgegeben, und der Einwohnerrat ist jetzt daran, diesen Finanzplan heute zu diskutieren. Um nochmals auf den Workshop vom August 2007 zurückzukommen: Ich habe es vorhin angesprochen, wir haben uns den gesamten Investitionsplan über alle Abteilungen aufzeigen lassen und wussten parallel dazu aber, dass unsere finanzielle Situation leider Gottes, das sagte ich gestern schon, einfach nicht mehr als 3,6 Millionen Finanzierung, also Eigenfinanzierung, möglich macht. Das heisst, die Nettoinvestitionen dürfen nicht höher sein als die genannte Zahl, die im Selbstfinanzierungsbereich liegt. Wenn wir mehr als 3,6 Millionen investieren, dann laufen wir halt einfach in die ganze Verschuldungsproblematik hinein, unsere Fremdverschuldung nimmt zu, und die weiteren Probleme kennen wir, das habe ich Ihnen schon bestens mehrfach aufgezeigt. Gerade in Kenntnis dieser Tatsache sehen Sie aufgrund dieser Folie, wir sind im '08 schon über 4 Millionen, im '09 bei 6 Millionen, und nachher steigt die ganze Investitionsplanung, der Investitionsbedarf, ich sage jetzt mal: in den Bereich des Utopischen an. Erst ab 2015 kommt es wieder in einen Bereich des Verkräftbaren herunter. Es ist so. Der Gemeinderat hat die Problematik gesehen, hat sie erkannt, er hat nachher am Workshop jedes einzelne Investitionsvorhaben angeschaut, jede einzelne Investition durchdiskutiert, intensiv durchdiskutiert und hat sie nachher priorisiert. Und zwar, ich sage es nochmals, priorisiert nach dem Machbaren, nach dem finanziell Verkräftbaren, immer an der Orientierung dieser 3,6 Millionen Selbstfinanzierung pro Jahr. Die Rechtsgrundlage, die Methodik zum ganzen Finanzplan, das kennen Sie bestens. Sie wissen, der Gemeinderat ist verpflichtet, zweimal im Jahr den Finanzplan zu überarbeiten und Ihnen vorzulegen. Der Finanzplan, den Sie jetzt bekommen haben, ist mit dieser neuen Software, mit der wir ihn schon letztes Mal überarbeiteten, mit dieser Tankred TFP-Software erarbeitet worden. Leider hat sich herausgestellt, dass das Tool, das wir von dieser Software haben, gerade bei der Spezialfinanzierung Probleme gegeben hat, und darum mussten wir bei der Spezialfinanzierung auf das Excel-Tool der BDO-Visura zurückgreifen. Herr Pfister hat uns da in verdankenswerter Weise unterstützt. Die Probleme, die sich ergaben, sind einfach die, dass diese Software von TFP die Eigenheiten, die wir im Kanton Baselland kennen, nicht unterstützt hat, und das wäre dann ein nicht ganz richtig aussagender Finanzplan geworden, wenn wir das wieder so gemacht hätten wie letztes Mal. Darum gab es jetzt diese Zweiteilung; darum haben Sie auch den neuen Ausdruck gerade bei den Spezialfinanzierungen. Das ist jetzt auch der Grund, weshalb Sie gerade am Dienstag noch ein zusätzliches Blatt bekamen mit der Investitionsplanung, also drei Blätter Investitionsplanung dieser drei Spezialfinanzierungen Wasserversorgung, Abwasserbesorgung und Abfallbeseitigung. Diese drei beziehen sich dann nur auf den Investitionsbereich dieser Spezialfinanzierungen.

Die Ausgangslage, die der Gemeinderat auch machen musste, bevor er an die Erarbeitung des Finanzplanes ging, ist die – Sie sehen das: Wir nahmen das Jahr 2007 und haben es hochgerechnet. Gerade jetzt im Bereich der Investitionen haben wir geschaut, wie weit sind wir, welche Investitionen sind

wirklich getätigt worden, und das hat man dann hochgerechnet auf die nächsten Jahre 2008 bis 2012. Aber es ist klar, das Budget 2008, so wie ich es Ihnen am Dienstag noch präsentierte, mit diesem leichten Ertragsüberschuss, das war die Basis des vorliegenden Finanzplanes. Es ist klar, jetzt nach der Gutheissung dieser zwei Budgetpostulate, hat es schon wieder eine leichte Verschiebung gegeben. Aber ich glaube, die Aussagen können Sie dennoch mitnehmen. Die übrigen Punkte betreffend die Ausgangslage sehen Sie hier: Die Teuerung haben wir mit 1,5 % angenommen, beim Personalaufwand sind wir von einem Zuwachs von 2 % ausgegangen, den Sachaufwand haben wir wieder plafoniert auf diese 6,6 Millionen, ohne Spezialfinanzierungen, und haben einfach die Teuerung noch dazugenommen. Bezüglich der Mehrbelastung NFA, das sagte ich schon, haben wir jedes Jahr 400'000 Franken Mehrbelastung eingestellt. Die weiteren Annahmen, die der Gemeinderat traf, sind hauptsächlich, was Sie interessieren dürfte, der Steuerfuss für natürliche Personen, den liess der Gemeinderat unverändert bei 58 %. Bei den juristischen Personen haben wir die Unternehmenssteuerreform berücksichtigt, wie das ja auch im Budget '08 berücksichtigt war. Auf die weiteren Jahre sind wir ab 2009 bei der Kapitalsteuer auf 2,75 ‰ heruntergegangen. Den Nettozuwachs Steuererträge natürliche Personen haben wir mit 1,5 % angenommen; bei den juristischen Personen ist hauptsächlich interessant die Ertragssteuer, dort haben wir keinen Zuwachs berücksichtigt, und zwar deshalb, weil wir im Budget '08, das ja die Basis dieses Finanzplanes ist, bereits eine wesentliche Steigerung berücksichtigt; und ich denke, es ist gerechtfertigt, dass man dann in den nächsten Jahren bei der Ertragssteuer keinen Zuwachs berücksichtigt hat. Das ist einfach eine sichere Budgetierung. Bei den Investitionsvorhaben haben wir die Prioritätsstufen 1 und 2 berücksichtigt, das haben Sie gesehen. Wir haben ja vier Prioritäten vorgesehen, die Definitionen konnten Sie entnehmen aufgrund der Unterlagen, und berücksichtigt im Finanzplan 2008 bis 2012 sind jeweils die Prioritätsstufen 1 und 2. Wichtig ist aber für Sie, dass für den Gemeinderat, nebst den Ausgangslagen, bei denen er Annahmen treffen konnte, ebenso ganz, ganz wichtige Unsicherheitsfaktoren vorliegen. Sie wissen, die Auswirkungen der Steuergesetzrevision für natürliche Personen sind per 1. Januar 2007 in Kraft getreten, wir wissen aber bis heute auf der Gemeinde Allschwil einfach noch nicht konkret, was für Auswirkungen diese Steuerrevision für uns hat. Gibt es Mindereinnahmen? Oder gibt es Mehreinnahmen? Wie das konkret aussieht, können wir heute einfach noch nicht sagen, weil da noch keine Steuereinnahmen bis jetzt abgeschlossen werden konnten aufgrund dieser Revision. Dann die Unternehmenssteuerreform – die kommt ja erst, da wissen wir auch noch nicht, wo wir wirklich stehen. Wir haben wohl unsere Annahmen getroffen, aber ob die zutreffen, das ist halt immer noch leider Gottes derart ungewiss. Dann wie gesagt NFA – das ist auch einfach ein Buch mit sieben Siegeln. Wie gesagt, wir haben auch unsere Annahme getroffen, aber ob die richtig ist, das steht auch noch in den Sternen.

Dann haben wir noch wichtige politische Entscheide, die nach wie vor anstehend sind. Feuerwehrmagazin – liegt in Ihren Händen. Wir wissen nicht, ob es wirklich kommt. Wir können Ihnen sagen, wir haben ein Projekt, das unter 3 Millionen Kosten würde. Aber ob es wirklich zur Ausführung gelangt, das ist dann in Ihren Händen. Ebenso Tempo 30 – da wissen wir auch, wer Opposition macht, aber ob es wirklich dann so weit kommt, dass diese Opposition erfolgreich ist, wissen wir auch nicht; vielleicht wissen Sie mehr. Einführung Tagesschule auf Primarstufe – da wissen wir auch noch nicht, vielleicht am allerwenigsten, wie es weitergeht. Wichtig ist für Sie, diese Unsicherheitsfaktoren belasten gerade jetzt den vorliegenden Finanzplan massiv.

Wie sich die Aufwände der laufenden Rechnung gestalten, sehen Sie aufgrund dieser Folie. Sie sehen, der Hauptbrocken ist nach wie vor der Personalaufwand. Der Personalaufwand ist wie gesagt – wir haben eine gewisse Steigerung drin, aber das ist eine unwesentliche Steigerung, das ist einfach diese Zunahme von diesen 2 %, die wir angenommen haben – aber es ist der Hauptbrocken unserer Ausgaben. Wichtig ist da einfach, dass etwa die Hälfte dieses Personalaufwandes Lehrerbildung ist, und das ist abhängig vom kantonalen Personalgesetz, also spricht nicht von der Gemeinde Allschwil. Die übrigen Positionen Sachaufwand, das sagte ich Ihnen, das haben wir plafoniert gelassen, einfach versehen mit der Teuerung. Die eigenen Beiträge, der Grund dieses Anstiegs – Sie sehen es jetzt hier nicht, aber das sagte ich ja schon beim Budget '08 – sind hauptsächlich die Auswirkungen der NFA, und dann ist es eine Fortführung.

Zum Ergebnis der laufenden Rechnung. Es hat da nochmals einen kleinen Auswuchs im '08 von einem Plus, aber leider Gottes ist das schon wieder nicht mehr so. Sie werden sich erinnern an den Dienstag – das ist dort auch schon wieder ein Minus, also spricht wir sind jetzt eigentlich jedes Jahr bei Aufwandüberschuss und nicht bei Ertragsüberschuss. Die rote Fläche, die Sie hier sehen, ist das Defizit, das wir budgetieren, respektive, das wir im vorliegenden Finanzplan so vorsehen. Sie wissen, Bilanzfehlbeträge sind innert fünf Jahren abzuschreiben, also das heisst, es gibt wieder zusätzliche Aufwendungen, die nachher wieder die laufende Rechnung mehr belasten. Der Grund für diese budgetierten Aufwandüberschüsse ist einfach der, ich sagte es vorhin: Die Investitionen sind mehrheitlich über dem Selbstfinanzierungsanteil. Das heisst, es gibt eine Zunahme der Fremdverschuldung, und das

heisst, es gibt zusätzliche Abschreibungen, das heisst wiederum es gibt höhere Zinsen, die wir zahlen müssen aufgrund der Zunahme der Fremdverschuldung, und das heisst, dass der Aufwand schneller steigt als der Ertrag – leider Gottes eine Tatsache. Bei der Selbstfinanzierung, sie sehen es da aufgrund dieser Folie, die Selbstfinanzierung ist jetzt noch knapp fast vier Millionen, nimmt nachher aber massiv ab, und demgegenüber nehmen die Nettoinvestitionen eben leider Gottes überhand, sprich sind höher, und durch das eben die Zunahme der Fremdverschuldung. Das Eigenkapital sehen Sie unten auch, das nimmt immer mehr ab, und der Aufwand-Ertrags-Überschuss, also Aufwand-Überschuss ist eben auch so, dass er jedes Jahr abnehmen wird.

Hier nochmals zur Neuverschuldung, der ganze Bereich, den Sie hier sehen, das ist die so genannte Neuverschuldung, weil wie gesagt die Selbstfinanzierungskurve unten hindurch läuft, tiefer ist als die Nettoinvestitionen, die oben dran sind. Das heisst, wir haben einfach immer mehr, und dieser Bereich ist die so genannte Zunahme der Fremdverschuldung, die dann auch die höheren Zinsen und die höheren Abschreibungen und wiederum in der laufenden Rechnung den höheren Aufwandüberschuss zur Folge hat. Da sehen Sie es, der Bereich, den ich vorhin mit dem Pfeil angezeigt hatte, die Neuverschuldung, das ist dieser Teil.

Zur Planbilanz: Sie sehen hier auch unten durch das Eigenkapital, das kleine Eigenkapital, das kleine, kleine Teil da zuunterst, das gelbe, ist das Eigenkapital, das nachher ab dem Jahr '11 in einen Bilanzfehlbetrag hinüberfällt und im '12 noch grösser ist. Sie sehen das Fremdkapital, das wie gesagt immer zunimmt, ab '08, '09, '10, '11, '12 immer steigt, das ist das, was ich vorhin aufzeigte. Sehr wichtig ist einfach in diesem Zusammenhang, und ich erlaube mir jetzt, Ihnen das hier zu sagen: Ohne wirklich einschneidende Massnahmen, respektive Änderungen ist eben leider Gottes mit einem rasanten Zuwachs dieses Bilanzfehlbetrages zu rechnen in den nächsten Jahren. Also den Grundstein für eine Verbesserung der ganzen Situation müssen wir jetzt legen, in den nächsten vier Jahren.

Zwei, drei Worte noch zur Spezialfinanzierung, zu den einzelnen Spezialfinanzierungen. Die FiReKo hat ja immer wieder das Anliegen an den Gemeinderat herangetragen, dass wir uns bei den einzelnen Spezialfinanzierungen finanzstrategische Ziele setzen, damit wir sehen, wie es mit diesen Gebühren weiter verlaufen soll. Das hat sich der Gemeinderat zu Herzen genommen und das wie gesagt getan an diesem Workshop. Und jetzt gerade bei der Wasserversorgung sieht man, wir haben auf der einen Seite leider Gottes einen Bilanzfehlbetrag. Dieser Bilanzfehlbetrag zeigt sich, indem eben das Verwaltungsvermögen kleiner ist als die Nettoschuld – die Nettoschuld ist dieser blaue Balken – und diesen Bilanzfehlbetrag ist der Gemeinderat gewillt abzubauen, und am Schluss, am Ende der Planperiode in ein Eigenkapital überzuführen. Weiter ist der Gemeinderat gewillt, die Selbstfinanzierung ab dem Jahr 2012 erstmals grösser als 100 % vorzunehmen; und weiter auch: das Eigenkapital soll bis ins Jahr 2020 mindestens 50 % des Verwaltungsvermögens betragen. Nämlich je grösser das Eigenkapital, das Sie hier rechts sehen, desto kleiner ist die Nettoschuld; und die Nettoschuld ist das, jener Bereich, den die Wasserversorgung von der laufenden Rechnung der Einwohnergemeinde beanspruchen muss. Also die Einwohnergemeinde muss dort der Wasserversorgung Geld geben, damit die überhaupt ihre Investitionen vornehmen können. Das wiederum heisst für die Kasse der Wasserversorgung, dass sie einen Zins zahlen muss, und dieser Zins belastet die laufende Rechnung. Ich denke man sieht sehr schön aufgrund dieser Folie, dass da Besserung in Sicht ist. Hier nochmals zu dieser ganzen Thematik: Sie sehen, das Rote ist der Bilanzfehlbetrag, in dem wir jetzt noch drinstecken im '08, der dann wie gesagt in das Eigenkapital übergeführt werden soll. Der Gemeinderat hat ja dieses Ziel insofern angestrebt, indem eben die Gebühren sich verändert – erhöht – haben. Also man kann sagen, der Gemeinderat hat die finanzstrategischen Ziele bei der Wasserkasse sicher erreicht. Jetzt zur Abwasserbeseitigung: Dort ist es so, dass wir eben umgekehrt eigentlich ein zu hohes Eigenkapital haben, und dieses Eigenkapital soll abgebaut werden. Der Gemeinderat ist gewillt, das Eigenkapital soll mindestens 50 % des Verwaltungsvermögens sein, aber mindestens 3 Millionen. Im Moment ist es noch höher. Sie sehen das auf dieser Folie. Das Eigenkapital ist jetzt bei fast 6 Millionen, steigt nachher, und soll dann in den nächsten Jahren abgebaut werden. Diese Ziele hat der Gemeinderat auch hier bei der Abwasserbeseitigung so wie geplant erreichen können.

Zur Abfallentsorgung – das haben wir ja gestern schon thematisiert – da haben wir im Moment noch ein Nettovermögen, das heisst die Abfallentsorgung hat noch genug Geld. Erst eigentlich im 2012 ist hier eine Nettoschuld zu verzeichnen. Das Eigenkapital, ist der Gemeinderat der Meinung, sollte zwischen 3 Millionen und 7 Millionen betragen. Geplant ist dann ab 2009 eine Senkung der Abfallgebühr. Sie sehen hier, wir sind auch da im Bereich dieser Ziele, zwischen 3 und 7 Millionen soll das Eigenkapital sein. Auch hier kann man sagen, sind die Ziele erreicht.

Jetzt Zielerreichung ganz allgemein zum ganzen Finanzplan: Es ist dem Gemeinderat klar, mit dem Steuerfuss von 58 % kann man bis zum Ende der Planperiode sicher keinen ausgeglichenen

Finanzhaushalt erreichen oder erzielen. Das hat man gesehen, wir sind immer im roten Bereich, selbst im 2008 jetzt, nach der Sitzung vom Dienstag. Die Nettoinvestitionen sind immer höher als die Selbstfinanzierung, auch dieses Ziel ist nicht erreicht. Es kann kein Eigenkapital aufgebaut werden, weil eben die Nettoinvestitionen höher sind als die Selbstfinanzierung; es kann auch kein Schuldenabbau stattfinden. Das heisst, auch diese Ziele hat der Gemeinderat nicht erreichen können. Aber es ist eben so klar, wir haben, und das sagte ich am Anfang schon, viele, viele grosse Unsicherheitsfaktoren, die sich in den nächsten Jahren irgendwie lösen sollen. Und aus der Sicht des Gemeinderates ist es im Moment einfach noch nicht klar, wo das wirklich hinführt. Aber der Gemeinderat ist ebenso der Meinung, dass eine Steuererhöhung im jetzigen Zeitpunkt völlig übereilt wäre. Demgegenüber ist der Gemeinderat der Meinung, dass es unbedingt Massnahmen braucht – Massnahmen und Informationen, damit wir in Zukunft wirklich auch auf der sicheren Seite sind bei der Planung. Der Gemeinderat ist der Meinung, und hat das auch schon beschlossen, dass er ein Konzept zur Struktur- und Leistungsüberprüfung erarbeiten will. Der Gemeinderat ist der Meinung, und wird das auch tun, dass er im Bereich der Entwicklung der Steuererträge bei den natürlichen und juristischen Personen ein verstärktes Monitoring durchführen will. Das geht in die Richtung dieses schon länger geforderten „Steuerbaums“. Wir haben die Kenntnis in Zukunft, aber pro futuro sind die einfach noch nicht vorhanden. Aber der Gemeinderat ist gewillt, das an die Hand zu nehmen mit der entsprechenden Software, um dort dann auch Ihnen die Informationen zukommen lassen zu können. Weiter wollen wir eine Kundenpflege mit den bedeutendsten Steuerzahlern aufbauen und ausbauen – ich sage das so, weil das eigentlich schon gemacht wird, aber noch nicht ganz so intensiv, dass wir wirklich sagen können, wir sind dort, wo wir hin wollen. Weiter ist der Gemeinderat der Meinung, dass es einen zweiten kleineren Workshop braucht, nicht mehr ein ganzes Wochenende, aber doch zumindest einen ganzen Mittwochnachmittag, wo sich der Gemeinderat nochmals intensiv mit der Finanzentwicklung der Gemeinde Allschwil beschäftigen wird. Weiter soll die Zusammenarbeit mit der FiReKo im Rahmen eines Informationsaustausches sicher verbessert werden. Wenn ich schon bei der Zusammenarbeit mit der FiReKo bin, erlauben Sie mir noch zwei, drei Ausführungen zum Bericht der FiReKo, und insbesondere zu den Forderungen, die die FiReKo dort drin gestellt hat. Sie haben diesen Bericht der FiReKo sicher gelesen, haben gesehen, dass die FiReKo einerseits die Forderung stellt, dass der tatsächliche Investitionsbedarf der Gemeinde Allschwil in den kommenden 10 Jahren aufgezeigt werden soll. Ich sagte Ihnen anfangs schon, der Gemeinderat ist in Klausur gegangen, er hat einen Workshop veranstaltet, er hat diese Arbeit dort schon gemacht, das Investitionsprogramm steht; es gibt da diesen blauen Ordner, ich habe ihn dabei, Herr Lauber hat ihn dabei. Wenn Fragen sind, können wir sicher alles beantworten. Wichtig ist für Sie einfach zu wissen: Das hat der Gemeinderat schon gemacht, auch die Priorisierung ist schon gemacht. Dann zur Forderung 2, man soll die notwendigen Investitionen gleichmässig auf diese 10 Jahre verteilen. Es ist klar, einfach mit einer gleichmässigen Verteilung kommen wir nicht zum Ziel. Wir müssen priorisieren, und wir müssen priorisieren im Hinblick auf das finanziell Machbare. Und auch das hat der Gemeinderat gemacht. Der Gemeinderat hat dort seine Hausaufgaben sicher gemacht. Forderung 3: Der Finanzplan sei zu aktualisieren, der jetzt vorliegt, und Ihnen im März bereits wieder auf den Tisch zu legen. Ich denke, es ist klar, und das dürfte auch für Sie einsichtig sein, das ist einfach zeitlich gar nicht machbar. Wir haben gar keine neuen Zahlen bis dann. Wir können Ihnen nicht im März bereits wieder so einen Finanzplan vorlegen, und wir sind, das darf ich, glaube ich, so sagen, auch nicht gewillt. Und zwar, Sie sehen es hier, wir haben frühestens gegen Mitte '08 neue Zahlen, mit denen wir dann auch wieder einen Finanzplan überarbeiten können, und das machen wir auch. Zur Forderung 4 der FiReKo: Der Finanzplan soll ausgeglichene laufende Rechnung zeigen, verträgliche Neuverschuldung haben, das Eigenkapital soll beibehalten bleiben oder sogar erhöht werden. Ich denke, das ist ganz klar, das ist für den Gemeinderat nichts Neues, das sind ja die Ziele, die der Gemeinderat Ihnen schon – ich glaube jedes Mal, wenn ich den Finanzplan vorstellen durfte – zeigte ich Ihnen, dass wir der Ansicht sind, dass ein Finanzplan so aussehen müsste. Das ist ganz klar. Der Gemeinderat hat diese Ziele selber definiert, selber formuliert und Ihnen auch so vorgetragen. Aber es ist eben so klar, dass diese Forderung entweder nur klappen kann mit einer Steuererhöhung – was der Gemeinderat ganz sicher nicht will – oder mit einem Leistungsabbau. Eine „verträgliche Neuverschuldung“ ist nur möglich, wenn die Investitionen in Relation zur Selbstfinanzierung getätigt werden, das heisst wenn wir wirklich die Investitionen auf dieses Mass herunterbrechen können. Das Eigenkapital kann nur dann beibehalten oder erhöht werden, wenn wir in der laufenden Rechnung Ertragsüberschüsse formulieren, oder ausweisen, können. Wenn das nicht möglich ist, dann ist es auch nicht möglich, das Eigenkapital zu erhöhen.

Die Quintessenz aus meinen Ausführungen: Ich habe es gesagt, und ich sage es jetzt ein drittes Mal: Es sind halt leider Gottes elementare Unsicherheitsfaktoren, die in dieser Planungsphase drin sind. Die können wir nicht wegdiskutieren, die liegen vor. Dann haben Sie gesehen aufgrund dieser drei Varianten, und ich hatte es ja eingangs gesagt, wichtig ist, damit Sie auch wirklich alle Fakten auf dem Tisch haben, Sie haben es gesehen, selbst wenn wir mit dem Steuerfuss um 2 % hoch gehen, dann wir immer noch nicht in dem Forderungskatalog, den sich der Gemeinderat gestellt hat, und den die FiReKo jetzt offensichtlich angenommen hat. Wichtig ist aber für den Gemeinderat ganz sicher im jetzigen Zeitpunkt,

aufgrund der Beurteilung der ganzen Situation: Eine Steuererhöhung lehnt der Gemeinderat ab. Demgegenüber ist der Gemeinderat bereit, ein Konzept zu erarbeiten, ich sagte es vorhin, zur Leistungsüberprüfung. Der Gemeinderat ist bereit, jedes Investitionsvorhaben kritisch zu hinterfragen, das hat er schon mehrfach getan und wird es auch in Zukunft tun. Der Gemeinderat ist der Meinung: Kein neuer Aufwand in Zukunft.

Ich schliesse meine Ausführungen mit dem Dank an die Hauptabteilungen, die bei diesem Finanzplan mitgewirkt haben, Dank an meine Gemeinderatskollegen, Dank an die FiReKo für die Prüfung dieses Finanzplanes. Ich freue mich jetzt auf interessante Voten und auf eine sachliche Diskussion.

Verena Meschberger, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Ich bedanke mich herzlich bei Nicole Nüssli für die ausführlichen Ausführungen. Einen Teil davon werde ich wiederholen, vor allem das, was in der letzten Folie immer noch aufgelegt ist, das von der Quintessenz. Das zeigt, dass die vom Gemeinderat und von der FiReKo als gleich wichtig angesehen wird. Und dann danke ich auch, dass die Anregung, Detailinvestitionen zu den Spezialfinanzierungen auf dem gewohnten Blatt noch nachzuliefern, so prompt ausgeführt wurde. Ich finde, das sind Informationen, die für uns alle wichtig sind.

Und jetzt zum Finanzplan: Ich darf davon ausgehen, dass Sie alle das AWB vom letzten Freitag gelesen haben. Dann wissen Sie nämlich jetzt Bescheid über das, was wir heute diskutieren wollen, vor allem im Zusammenhang mit den Ausführungen, die teilweise auch theoretischer Natur waren, von Frau Nüssli. Im Übrigen konnten Sie im AWB lesen, dass die FiReKo auf meine Anregung hin den Finanzplan zur Rückweisung empfohlen hat, sozusagen als Schuss vor den Bauch, äh Bug – (lacht) ein Freud'scher Versprecher, sei so gut, Sarah, ist nicht gegen Dich gemeint – also ein Schuss vor den Bug, weil die strukturellen Probleme, das hat auch der Gemeinderat erkannt, bei unseren Finanzen dringend in Angriff genommen werden müssen. Es ist schon ironisch: Ich habe nämlich erst nachdem wir den FiReKo-Bericht mit dem Rückweisungsantrag abgegeben hatten, von Herrn Schwörer von der kantonalen Verwaltung erfahren, dass unser Vorgehen vor dem Gesetz nicht bestehen kann. Ich entschuldige mich in dem Sinne in aller Form für den Fehler, einen Rückweisungsantrag eingereicht zu haben statt einer Kenntnisnahme. Allerdings, eben, und das finde ich ironisch, mit dieser Rückweisung haben wir von der FiReKo endlich einen Haufen Staub aufgewirbelt, so, dass der Finanzplan schon im Vorfeld der heutigen Debatte kontrovers diskutiert wurde. Seit Jahren hat sich ja die FiReKo in den Einwohnerratsdebatten jeweils kritisch geäußert zu den Finanzplänen. Aber wir haben nicht immer sehr viel Gehör gefunden – ausser bei den Spezialfinanzierungen, die jetzt in separaten Finanzplänen präsentiert werden. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang mit einem Lächeln auf den Stockzähnen auf die BaZ-Frage des Tages von gestern hinzuweisen. Dort wird ausgerechnet die Frage gestellt: „Nimmt die Regierung das Parlament zu wenig ernst?“ Und das Ergebnis der Umfrage war: 57 % ja zu 43 % nein. In meinem geschriebenen Text hat es jetzt da eine Reihe Punkte...Bei uns in Allschwil gilt das für den vorliegenden Finanzplan nicht. Wir haben miteinander zu reden angefangen, manchmal ein wenig lauter, manchmal ein wenig leiser, aber letztendlich immer sachlich; und ich bin überzeugt, dass das in diesem Stil weitergeht. Wie ich schon sagte, haben wir offensichtlich mit diesem Rückweisungsantrag den Gemeinderat herausgefordert. Er hat die vier Punkte – und das haben Sie gesehen in der Folie von Frau Nüssli – ausführlich behandelt und hat uns auch einen Bericht dazu geschrieben mit einer „Richtigstellung“ zur „Fehlleistung der FiReKo“. Ich habe diese zwei Wörter extra in Gänsefüßchen gesetzt. Mir persönlich hätte es besser gefallen, wenn diese „Richtigstellung“ eine „Stellungnahme“ gewesen wäre, und logischerweise habe ich nicht so Freude gehabt, wenn Ihr unseren Bericht als Fehlleistung bezeichnet. In der Zwischenzeit haben wir aber geredet miteinander, wie gesagt, manchmal laut und manchmal leise, und wir haben uns wieder gefunden. Und vor allem muss ich sagen, der Bericht, den der Gemeinderat geschrieben hat, dünkt mich eine gute Basis für weitere Diskussionen im Hinblick auf den nächsten Finanzplan. Ich danke auch Toni Lauber für ein Mail, das er mir heute zu diesem Thema geschrieben hat. Ich freue mich auf Gespräche, die die FiReKo mit dem Gemeinderat führen darf im Hinblick auf den nächsten Finanzplan, wobei ich mir ganz bewusst bin, dass derartige Diskussionen eine Gratwanderung sind, weil eine parlamentarische Kommission sich logischerweise nicht ins operative Geschäft des Gemeinderates einmischen darf. Damit komme ich wieder zurück auf das Thema Rückweisung. Herr Schwörer hat den Finanzplan sehr einfach definiert, nämlich als – Zitat – „ein Arbeitspapier vom Gemeinderat für den Gemeinderat mit einer Diskussionsschleife im Einwohnerrat“. Darum unterbreite ich Ihnen heute dann anstatt des Rückweisungsantrages den korrekten Antrag auf Kenntnisnahme des Finanzplanes. Ich verzichte im Weiteren auf Äusserungen zu unserem Bericht. Im Hinblick auf den Rückweisungsantrag behandelt dieser Bericht nur oder ausschliesslich generelle Fragen. In die Details sind wir eben nicht eingegangen, weil, wenn ein Bericht zurückgewiesen wird, können Details nicht diskutiert werden. Und dort hat es noch einiges zu diskutieren, zum Beispiel zu den einzelnen Investitionen, aber auch zu den allgemeinen Ausführungen. Etwas ganz Offensichtliches

ist etwas: Die Kolonne vorher auf den Seiten mit den detaillierten Investitionen ist durchgehend leer. Und dafür stimmt dann die erste Kolonne „Gesamtkredit“ logischerweise überhaupt nicht. Da gibt es also noch einiges zu korrigieren, es gibt also für Herrn Pfister noch ziemlich viel zu tun puncto Details im Hinblick auf den nächsten Finanzplan. In dem Sinne überlasse ich die Diskussion des Finanzplanes allgemein und im Detail jetzt Ihnen, in der Hoffnung, dass aus Ihrem Kreis viele gute Anregungen kommen, die die notwendigen Strukturellen Änderungen bezüglich Finanzen beeinflussen können. Ich bin allerdings der Meinung, dass eine GAP-ähnliche Übung, wie sie das Postulat der FDP verlangt, zu wenig weit greift. Nicole Nüssli hat sich auch schon in ähnlicher Weise geäußert mit ihrer Folie „Quintessenz“. Wir müssen nicht nur die Ausgaben, mit „s“, prüfen, sondern auch die Aufgaben, mit „f“, und selbstverständlich die Dienstleistungen. Es darf kein Tabu mehr geben, weder auf der Ausgaben-, noch auf der Einnahmenseite. Die Auswirkungen der Steuererhöhung hat der Gemeinderat ja schon dargelegt – oder von eventuellen Steuererhöhungen logischerweise. Und da zeigt sich meiner Meinung nach ganz deutlich, dass eine happige Steuererhöhung allein das Problem nicht löst. Und den Sachaufwand, den können wir sicher nicht mehr kürzen. Diese Zitrone ist, das habe ich vor einem Jahr schon gesagt, nicht nur ausgepresst, sondern sogar schon lange vertrocknet.

Noch eine kleine Bemerkung zur Unsicherheit von Prognosen, wo ich ein bisschen anderer Meinung bin, als das, was Nicole Nüssli vorhin sagte. Mit diesem Argument kommt man meiner Meinung nach nämlich nirgendwo hin. Ich meine, es ist gescheiter, Stellung zu beziehen und einen Entscheid zu fällen, der sich vielleicht später auch als nicht so ganz optimal erweist, als wie ein Kaninchen vor der Schlange zu erstarren und auf bessere Zeiten zu hoffen. Das mit dem Entscheid fällen, auch wenn er dann vielleicht schlecht ist, wird ja auch, so hoffe ich mindestens, in der Armee angewendet; mindestens habe ich das vor 40 Jahren so gelernt, als ich einmal Motorfahrerin war. Also: lieber ein Entscheid, der nicht optimal ist, als gar kein Entscheid. Das heisst, das dürfen wir nicht mehr machen: einfach alles vor uns her zu schieben. Bis jetzt ist es gut gegangen, wir hatten immer Glück und kamen mit einem blauen Auge davon. Mir der Stellungnahme, Richtigstellung, oder wie auch immer das Papier jetzt genannt werden soll, haben wir vom Gemeinderat schon gute Antworten bekommen, die eine Basis bilden für die Gespräche, die geplant sind. Ich bin im Moment also sehr zuversichtlich, dass wir nach vielen Voten, manchmal heftig von beiden Seiten, jetzt die geplanten Gespräche zwischen Gemeinderat und FiReKo so führen können, dass wir zukunftsweisende Resultate erarbeiten können. So, und das wäre jetzt wirklich und endlich alles von meiner Seite. Ich hoffe jetzt auf eine sachliche, gewinnbringende Diskussion des Finanzplanes im Allgemeinen und im Detail im Rat, und bitte Sie, den Finanzplan gemäss dem neuen Antrag der FiReKo anschliessend zu genehmigen – würdest du ihn nochmals auflegen, Markus, sei so gut... Danke. Ich danke auch für Ihre Geduld beim Zuhören und für Ihre Aufmerksamkeit bei meinen Ausführungen.

Antrag der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 13. Dezember 2007

Der 1. Abschnitt des Kapitels C) Antrag im Bericht der FiReKo zu den Finanzplänen der Gemeinde über die Jahre 2008-2012

““““

Die FiReKo beantragt dem Einwohnerrat die Rückweisung des Finanzplanes 2008 - 2012 und bittet den Gemeinderat, die mit der Rückweisung verbundenen Forderungen aufzunehmen und einen überarbeiteten Finanzplan bis Ende März 2008 vorzulegen.

““““

ist durch folgenden Antrag zu ersetzen:

Die FiReKo beantragt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme der Finanzpläne der Gemeinde über die Jahre 2008 – 2012.

Susanne Studer, Präsidentin, fordert die Ratsmitglieder auf, sich beim 1. Vizepräsidenten in die Rednerliste eintragen zu lassen.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Die FDP nimmt von diesem Finanzplan Kenntnis. Das Problem ist wie gesagt nicht der Finanzplan selber, sondern die desolante Finanzlage der Gemeinde Allschwil, und ich glaube, das konnten wir jetzt wirklich sehen. Man kann hin- und herschieben, wie man will, das bringt uns nicht weiter, und wir haben keinen Franken mehr. Wir leben momentan einfach über unsere Verhältnisse. Die Verantwortung dafür liegt vor allem bei uns, also im Einwohnerrat selber, denn er hat die Budgetkompetenz. So viel zur Vergangenheit. Jetzt schon zur Zukunft. Die FDP hat Ihnen vorgestern ein Verfahren zur Sanierung der Allschwiler Finanzen vorgeschlagen und dazu zwei Vorstösse eingereicht. Für die FDP gibt es dabei wirklich keine Tabu, und man muss jetzt dringend generell alle Aufgaben überprüfen, also es ist nicht eine Ausgaben-, sondern eine Aufgabenüberprüfung. Steuererhöhungen und Schuldenwirtschaft sind für die FDP keine Alternativen zur generellen Aufgabenüberprüfung. Und alle politischen Kräfte in Allschwil sind jetzt dazu aufgerufen, zur Wiedererlangung des finanziellen Handlungsspielraumes unseres Gemeinwesens beizutragen.

Basil Kröppli, SVP-Fraktion: Auch ich kann Siro Imber und der FDP da ausnahmsweise einmal beipflichten. Wir danken dem Gemeinderat für diesen Finanzplan, für die sehr offenen Worte. Ich glaube die Karten sind wirklich offen auf dem Tisch, um was es jetzt geht. Selbstverständlich sind wir nicht zufrieden mit diesem Finanzplan, mit dem, was sich da abzeichnet, ich glaube, es ist niemand hier drin zufrieden mit dem, was da auf uns zukommt. Allschwil hat ein strukturelles Finanzproblem, das wird ganz offen gezeigt. Ich wundere mich schon ein bisschen, warum. Die Gemeinden rundum schreiben Rekordüberschüsse, senken Steuern oder wollen das in Zukunft tun. Im Gegensatz hat der Gemeinderat fast sämtliche finanzpolitischen Zielsetzungen, die er sich einmal gesetzt hatte, verfehlt, respektive sie sind gar nicht mehr aufgeführt, und diese Zielsetzungen waren schon nicht sehr ambitioniert. Ich will jetzt aber nicht auf dem Gemeinderat herumhacken, das habe ich gestern schon erwähnt. Weil, ich habe nicht das Gefühl, dass der Gemeinderat willkürlich Geld verschleudert. Das Geld wird in den allermeisten Fällen schlicht und einfach von uns, von den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, bewilligt, für x-welche Projekte. Das war früher einmal die Stellenaufstockung für die Sozialen Dienste, in Zukunft – das Feuerwehrmagazin ist angesprochen worden, Tempo 30, Tageschule auf Primarstufe, das sind alles Projekte, wo man sich darüber klar werden muss, ob wir das überhaupt noch wollen, und vor allem, ob wir sie uns leisten können. Und ich hoffe, da kann der Einwohnerrat jetzt wirklich alle Parteien einbinden, dass wir da wirklich zusammenarbeiten und uns darüber im Klaren sind, dass jetzt, so wie es jetzt läuft, dass wir einfach über unsere finanziellen Verhältnisse leben, und dass wir ganz einschneidend etwas ändern müssen. Nicht morgen, sondern jetzt.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Zunächst möchte ich einmal meine Erleichterung darüber zum Ausdruck bringen, dass wir heute nicht über einen Rückweisungsantrag abstimmen müssen, weil ich auch nicht sehr gerne über Sachen abstimme, die rein vom Gesetzgeber her gar nicht möglich sind, das nur am Rand erwähnt. Jetzt inhaltlich zum Finanzplan: Der hat natürlich sehr viele offene Fragen und sehr viel weniger schöne Punkte, und es ist natürlich wenig erfreulich, dass bereits jetzt feststeht, dass die strategischen Ziele, ich sage jetzt mal ab dem Jahr 2009, wie es im Bericht drinsteht, nicht, oder wenn, dann nur mit sehr viel Mühe erreicht werden können. Nur denke ich, wie das jetzt von Frau Meschberger vorgeschlagen wurde, mit einem „mutigen Entscheid“ anstelle von gar keinem Entscheid, lässt sich das Problem auch nicht lösen. Weil, einerseits die Zitrone beim Sparen, die ist ja ausgepresst, ist gesagt worden, somit würden nur Steuererhöhungen bleiben. Nur denke ich, das wäre auch rein aus politischer Sicht die denkbar ungünstigste Variante, nachdem ja bei der Staatssteuer für die natürlichen Personen die Steuern gesenkt wurden per 1.1.07, und jetzt das Volk für die juristischen Personen einer Steuersenkung zugestimmt hat, und auch in den umliegenden Gemeinden und sogar im Kanton Basel-Stadt Steuersenkungen im Raum stehen. Ich denke auch mit einer generellen Aufgabenüberprüfung lässt sich, fürchte ich, das Problem nicht wirklich lösen, weil eine generelle Aufgabenüberprüfung läuft ja letztendlich darauf hinaus, dass die Gemeinde weniger Aufgaben übernimmt, und die müssen irgendwie abgewälzt werden können. Im Gegensatz zum Kanton, der das auf die Gemeinden machen konnte, hat die Gemeinde niemanden mehr; dann würde es wieder auf den Privaten sitzen bleiben, und das wäre dann wieder eine versteckte Steuererhöhung. Drum denke ich, bleibt fast keine andere Möglichkeit, als dass man in Zukunft einfach ganz genau schaut bei den Ausgaben hier im Einwohnerrat, das ist wirklich notwendig, und auf was kann man verzichten, und da müssen wir einfach in Zukunft ein besseres Augenmerk drauf haben.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Frau Präsidentin, ich möchte Sie anfragen, gibt es zu den Tabellen eine Detailberatung, oder soll ich meine Fragen jetzt hier anbringen?

Susanne Studer, Präsidentin: Du kannst sie jetzt anbringen.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Beim Votum der Frau Nüssli sind ein paar unterschiedliche Signale ausgesendet worden. Der Gemeinderat legt drei Varianten des Finanzplanes vor mit bisherigem Steuerfuss, mit Steuerfuss um 1 % höher, mit Steuerfuss um 2 % höher. Im Speziellen hat heute Frau Gemeinderätin Nüssli in ihrem Votum gesagt, 2 % Erhöhung würden nicht reichen. Auf der anderen Seite hat sie im gleichen Votum gesagt, eine Steuererhöhung wäre jetzt „übereilt“. Wie darf ich diese widersprüchlichen Aussagen jetzt verstehen? Auf welchen Zeitpunkt glaubt der Gemeinderat, dass eine Steuererhöhung notwendig wäre? Diese Frage möchte man mir bitte noch beantworten.

Ich komme zu weiteren Fragen im Detail. Im Investitionsplan, Bereich Bildung, Position 240.503, Gartenstrasse, Turn- und Konzerthalle Ausführung wird ein Kredit ausgewiesen, ein geplanter Kredit von dreieinhalb Millionen. Ich bin dort hellhörig geworden, weil vor einem Jahr, im Finanzplan 2007 – 11, den wir heute vor einem Jahr vorgelegt bekamen, dieser Betrag noch bei 5 Millionen war. Ich möchte darum vom zuständigen Gemeinderat erfahren: Was hat sich geändert bei der Planung, dass man jetzt erfreulicherweise 1,5 Millionen einsparen kann? Im Bereich Gesundheit, das ist jetzt drei Seiten weiter hinten, geht es, Position 410.565, um den Erweiterungsbau Alterszentrum am Bachgraben. Einmal abgesehen davon, wie es bereits die FiReKo-Präsidentin sagte, dass die Vorher-Spalte nicht ausgefüllt ist, fällt mir dort auch auf, dass in der Spalte „später“, die auf den anderen Seiten jeweils ausgefüllt ist, fehlt, weil im Finanzplan, den wir vor einem Jahr bekommen haben, waren für den Bereich 2011 und später noch 2,4 Millionen ausgewiesen. Jetzt nehmen wir zur Kenntnis, dass – Entschuldigung: für 2012 und später – und jetzt sind 2012 270'000 und später nichts. Ich möchte den zuständigen Gemeinderat anfragen, wie man dort 2,1 Millionen sparen konnte gegenüber dem bisherigen Projekt. Drei Seiten weiter, Bereich Verkehr des Investitionsplanes, geht es um die Fahrzeuge der Regie. Erfreulich ist, dass der Detaillierungsgrad erhöht worden ist; was vor einem Jahr noch unter „diverse Fahrzeuge“ gegangen ist, ist jetzt einzeln aufgeführt. Die Beträge sind alle die gleichen geblieben, aber sie sind konsequent um ein Jahr nach hinten geschoben worden. Ich frage den zuständigen Gemeinderat an, ob die Verschiebung nach hinten sich verantworten lässt, wenn man doch weiss, dass mit zunehmendem Alter die Fahrzeuge jeweils mehr Reparaturkosten mit sich bringen und so die laufende Rechnung belasten. Meine Frage ist also: Ist das nicht ein Schuss hinten hinaus, wenn man die Investition nach hinten schiebt, aber die laufende Rechnung mit zusätzlichen Reparaturkosten belastet? Eine Seite weiter, im Bereich Umwelt und Raumplanung, stelle ich bei der Position 740.50109, Friedhof Grabräumungen, eine zweite Zeile, die mit „Priorität 2“ gekennzeichnet ist, fest, dass man für die Jahre 2009 und 2012 vor einem Jahr noch jeweils 50'000 pro Jahr eingesetzt hatte, jetzt setzt man nur noch 30'000 ein. Das ist erfreulich. Ich möchte darum den zuständigen Gemeinderat anfragen: Was konnte man da optimieren und verbessern, dass diese Einsparung von jährlich 20'000 möglich war? Und zum Letzten, eine Seite weiter komme ich zum Bereich EDV-Anlage. Dort leider gibt es keine erfreulichen Nachrichten, sondern genau das Gegenteil. Wenn man die Jahre 2008 bis 2011 anschaut, die man so vergleichen kann mit dem Finanzplan des Vorjahres, dann hat man in diesem vier Jahren zusammen vor einem Jahr noch einen Finanzbedarf von 500'000 ausgewiesen. Jetzt wird ein Finanzbedarf von 925'000 ausgewiesen, also fast das Doppelte. Ich möchte den zuständigen Gemeinderat anfragen: Was hat sich geändert im Investitionsbedarf, dass man plötzlich 425'000 mehr ausgeben muss, verteilt über die nächsten vier Jahre? Das wären meine Fragen. Ich bedanke mich im Voraus für die Beantwortung.

Gemeinderätin Nicole Nüssli, Vorsteherin Finanzen – Steuern: Ich versuche zuerst die Frage zu beantworten, ob ein Widerspruch in meiner Aussage war betreffend dieser Variantenvorlegung 58 %, 59 / 60 % und der Aussage eben, dass 2 % Steuererhöhung nicht reichen würden. Ich habe das da jetzt nicht mehr explizit erwähnt bei diesen Ausführungen, aber ich hatte es gestern bei der Besprechung des Budget '08 nochmals gesagt, der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass die ganz grossen Ziele, die so genannten Fernziele finanzstrategischer Natur, nämlich Aufbau Eigenkapital auf 6 Millionen, Abbau Fremdkapital minus 6 Millionen, dann jeweils jedes Jahr positive Rechnungsabschlüsse zu verzeichnen, ausgeglichene Rechnung, der Steuerfuss bei 58 % bleibend, dass das nach wie vor die Ziele des Gemeinderates sind auf eine lange Sicht. Das sind Ziele, die einer Gemeinde von der Grösse, wie wir sie haben in Allschwil, ganz, ganz gut anstehen. Wir können nicht mit einer Million Eigenkapital laufen, das reicht einfach in Gottes Namen nicht. Das sind die Ziele, die wir im Hinterkopf haben, die der Gemeinderat im Hinterkopf hat. Und in dieser Hinsicht ist der Gemeinderat hergegangen und hat den Abschluss, die laufende Rechnung, durchgerechnet, den Finanzplan aufgezeigt mit diesen 58 %. Er hat nachher gesehen, dass wir Ende Planperiode bei einem Bilanzfehlbetrag von vier Millionen sind. Das ist nicht das Ziel, das wir erreichen möchten im Hinblick auf ein Fernziel, ich habe es vorhin gesagt. Und dann ist der Gemeinderat hergegangen und hat gesagt, jetzt rechnen wir es einmal durch mit 60 %, sprich Steuererhöhung um 2 %. Und Sie haben gesehen in den Unterlagen, dann kämen wir Ende Planperiode auf ein Eigenkapital von 1,5 Millionen, das ist immer noch nicht bei dem Ziel, das wir

eigentlich uns als Fernziel in den Hinterkopf gesetzt haben. Und darum die Aussage, dass diese 2 % eben nicht reichen würden, sondern es braucht mehr Anstrengung, weitere Anstrengungen. Es braucht Massnahmen, die ich bereits formuliert habe, es braucht auch nähere Erkenntnisse. Dann nochmals: Die Unsicherheitsfaktoren, in denen wir jetzt in Gottes Namen jetzt im Moment noch drin sind, das ist der Hauptgrund, warum der Gemeinderat der Meinung ist, dass wir jetzt noch nicht mit einem Steuererhöhungsantrag an Sie herangetreten sind, sonst hätten wir es ja mit dem Budget '08 schon machen müssen. Und aus Ihrer Mitte ist auch kein Antrag bis jetzt gekommen, dass wir das machen sollen; wir haben es ja auch nicht gesehen am Dienstag, oder nicht gehört. Ich denke, das ist auch richtig im Moment, weil, jetzt müssen wir einfach das nächste Jahr nochmals zuwarten, schauen, wie sich die Situation entwickelt, und nebedran die Massnahmen weiterbearbeiten, die ich nannte. Ich denke, das ist das einzig Richtige, und ich sehe in diesen Aussagen keinen Widerspruch.

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Hochbau – Raumplanung: Ich habe die Frage zu beantworten wegen der Turnhalle Gartenstrasse, Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse. Da gibt es vielleicht einen Punkt, den ich vorausschicken muss. Wichtig ist ja der Vorentscheid, für was das Gebäude künftig gebraucht wird. Wenn wir das als Turnhalle brauchen, dann ist es wichtig, dass wir vorher einen Ersatz haben, nämlich in Form dieser Zweifach- oder Dreifach-Turnhalle, über die wir schon mehrfach informiert haben im Bereich des Rotgrundplatzes. Da das aber ein Gebäude ist, das die Kantonsschule braucht, wird das auch der Kanton bezahlen müssen, und wir müssen es vorausfinanzieren, und der Kanton wird es uns amortisieren müssen. Aber es ist wesentlich, dass das vom Kanton kommt. Nun zur Turnhalle: Es ist nicht so, dass die plötzlich billiger geworden ist, sondern es ist eine Frage, wie weit dieser Finanzplan geht. Wir reden ja heute von der Planperiode 2008 bis 2012. und so die nächsten zwei Jahre sind unter dem Begriff „später“ drin. Wenn man den Begriff „später“ aber weiter anschaut, nämlich mit dem Investitionsplan, den ich hier vor mir habe, bis ins Jahr 2026, dann sieht man dort drauf, dass im Jahr, so Bereich 2014/15/16 diese Turn- und Konzerthalle saniert werden muss; und die kostet die Grössenordnung 5 bis 6 Millionen, eher 6, von denen wir immer geredet haben. Aber der zweite Teil, also was über die dreieinhalbtausend geht, ist nicht unter den Begriff „später“ gefallen, wie er jetzt da in diesem Finanzplan definiert ist. Also: Es ist nicht billiger geworden, es ist nur nicht erfasst, weil nicht so weit reichend.

Die zweite Frage, die Herr Pfaff noch an mich gestellt hat – ich bin nicht ganz sicher, ob sie an mich ging, ich hatte einen Moment nicht aufgepasst, Sie müssten sie nochmals stellen. – Ist noch eine für mich gewesen? [Zuruf Th. Pfaff: Nein!] Ah, das ist beruhigend, merci.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Soziale Dienste – Gesundheit: Ich habe die Antwort fürs Alterszentrum. Wir haben dem Alterszentrum 6,4 Millionen zugesprochen, auch vom Volk so genehmigt, und die Aufteilung hat sich so ergeben, indem dass 3 Millionen direkt gezahlt wurden von der Gemeinde, und 3,4 Millionen sind aufgenommen worden durch das Alterszentrum im Auftrag der Gemeinde; und jetzt geht es darum, dass man das zurückzahlt, beziehungsweise die Abzahlung macht und die Hypotheken dazu zahlt. Und abgemacht ist, auch in der Abstimmungsvorlage war das so drinnen, dass man in 15 Jahren je 270'000 Franken abzahlt. Das macht dann am Schluss einen Gesamtbetrag von 7'000'050 mit der Abzahlung und der Hypothek. Und die Zahlung geht 15 Jahre, das heisst bis und mit 2017, und dann ist das erledigt. Und die 1'350'000, das betrifft die Jahre 2008 bis 2012. So ist die Situation.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau –Umwelt: Bei den Fahrzeugen für den Werkhof ist es so, dass die natürlich periodisch ersetzt werden müssen. Die haben eine Lebenserwartung, die man nicht genau voraussagen kann, und deshalb ist der Gemeinderat dazu übergegangen, jetzt das einfach hinauszuschieben. Sie kennen das auch aus dem privaten Bereich: Wenn Sie Ihr Auto einfach ein Jahr länger nutzen, dann kommt es in der Regel günstiger. Was aber auch richtig ist, wie Herr Pfaff schon sagte, wenn man den richtigen Zeitpunkt verpasst, um ein Fahrzeug zu ersetzen, dann werden in der Regel die Reparaturkosten viel höher. Und das wäre natürlich der Fall gewesen, wenn man zu spät wäre. Aber wir gehen davon aus, wenn man das um ein Jahr nach hinten schiebt, dass das zu keinen grossen Problemen führen wird.

Die zweite Frage, was Grabräumungen betrifft, dort ist es so, dass wir effektiv nicht genau wissen, wie teuer das werden wird, das hängt auch vom Aufkommen ab, das können Sie sich gut vorstellen. Aber wir haben die Prognose nach unten korrigiert, das heisst, wir gehen jetzt einfach davon aus, dass es weniger Grabräumungen geben wird. Aber ob sich das dann bewahrheitet, oder vielleicht wieder ansteigt, das würde ich jetzt an dieser Stelle nicht ausschliessen.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Wir kommen zur letzten Frage, die gestellt worden ist, das ist diejenige betreffend IT. Da gibt es notwendige Investitionen bis ins Jahr 2020 von 3,005 Millionen Franken. Wir haben jetzt im Finanzplan drinnen, wie es von Thomas Pfaff schon gesagt wurde, 1,135 Millionen. Das sind verschiedene Investitionen; da geht es vor allem um die Erneuerung der Netzwerke, erster Teil, das haben Sie gestern im Budget 2008 bereits bewilligt, das sind Server inklusive Software. Warum das? Wir haben Abhängigkeiten, von den Software-Lieferanten insbesondere, das heisst, es laufen Verträge ab, Update-Verträge und Service-Verträge, und da bekommen wir von Zeit zu Zeit Post, wo es heisst, dass diese Software nicht mehr updatet wird und man auf die neue Software umsteigen muss. Von diesen Abhängigkeiten sind wir wie gesagt abhängig, und dann müssen dieser Server und die Software wieder erneuert werden. Das ist der ganze Grund für sämtliche Investitionen, die gemacht werden müssen, und es geht also da einerseits um Hardware, andererseits um Softwarelieferungen. Im 2009 haben wir darum den Netzwerkausbau, zweiter Teil, inklusive Server. Dazu kommt Abakus-Software. Dann geht es weiter im 2010, nochmals ein Ausbau Abakus-Software, und auch für das 2011 und '12, wobei dann im 2012 ein Ersatz-Update notwendig ist für VoIP. Das zieht sich nachher durch bis ins Jahr 2020.

Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion: Im Namen der SP/EVP-Fraktion möchte ich mich zuerst einmal beim Gemeinderat dafür bedanken, dass wir dieses umfassende Papier zur Verfügung gestellt bekommen zur Diskussion. Stephan Wolf hat es bereits erwähnt in seinem Votum: Der Einwohnerrat muss sich selber ein bisschen an der Nase nehmen. Dem kann ich mich voll und ganz anschliessen, aber in einer anderen Form. Wir haben nämlich die generelle Aufgabenüberprüfung bereits, und wir könnten die auch nützen. Leider machen das nicht alle Parteien so wie wir von der SP, indem dass wir nämlich Leistungspostulate schreiben. Es geht um Allschwil – wirkungsorientierte Verwaltung, es geht um Leistungsberichte, und dort kann man selbstverständlich jede Leistung, die die Gemeinde erbringt, überprüfen und anpassen. So weit zu den Aufgaben. Was er auch richtig gesagt hat, ist, wenn der Kanton eine generelle Aufgabenüberprüfung macht, dann *schüfelet* er es einfach an die Gemeinden ab. Aber bei der Gemeinde, da verschwindet eine Leistung, und wenn eine Leistung in der Gemeinde verschwindet, dann ist das unter anderem auch Standortmarketing. Und ich würde mir das gut überlegen, welche Leistungen wir dann tatsächlich über Bord werfen wollen. Denn Allschwil, das dürfen wir nicht vergessen, hat im letzten Jahr einiges an Einwohnern und Einwohnerinnen zugelegt, und offensichtlich ist es trotz 58 % Steuern attraktiv, in Allschwil zu wohnen. Also ganz alles machen wir nicht falsch. Soweit von dieser Seite einmal.

Basil Kröpfli, SVP-Fraktion: Die CVP hat vor ihrem Votum verlauten lassen, dass sie die Steuern nicht erhöhen will – das finden wir ja positiv – hat dann aber gleichzeitig gesagt, dass sie den Gürtel aber auch nicht enger schnallen will, das heisst, sie will die Leistungen, so wie ich es verstanden habe, die die Gemeinde anbietet, absolut beibehalten. Im Bemühen um eine konstruktive Diskussion frage ich die CVP jetzt an, wo sie denn gedenkt zu sparen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Nützt die Zeit bitte, um zu überlegen, dort drüben. Wir wissen alle, wir haben jetzt im Moment eine sehr kritische finanzielle Situation, von der wir reden. Sie ist angespannt, die Finanzen seien ausgereizt. Ich danke an dieser Stelle ganz klar Frau Nüssli vom Gemeinderat und Frau Meschberger von der FiReKo für die klärenden Worte über die Situation, die wir jetzt haben, und wie es weitergehen könnte. Aber das Lächeln jetzt gerade auf der Seite vis-à-vis von mir hat mich jetzt gerade gereizt, da noch etwas anzuhängen. Wir haben wirklich eine ganz heikle Situation, in der wir drinstehen. Wir müssen uns entscheiden. Wir sind eine Gemeinschaft. „Gemeinde Allschwil“ heisst nicht, „es ist gemeint, dass...“, sondern eine Gemeinschaft, die vorwärts geht, hat immer Personen, hat Situationen, wo es heisst: Wir müssen begleiten, wir müssen tragen. Ich denke ganz einfach an Auszubildende, ich denke an Senioren und Gebrechliche. Wir hatten vor 10 Jahren rosarote Wölkchen am Himmel. Dort haben wir ein Riesenprojekt lanciert: Allschwil 2000. Wir haben von dem 50 % realisieren dürfen, die Gemeindeverwaltung und den Sportplatz. Das ist ein wesentlicher Teil, plus noch das Altersheim, plus noch Spitex und andere paar grössere Posten, dass unsere Reserven halt wirklich für die Gemeinschaft gebraucht worden sind. Wenn ich dann höre, es seien quasi alle Begehrlichkeiten locker befriedigt worden, und dadurch seien wir schuld, dann muss ich sagen: Ja, das mag sein. Wir haben ganz viele Begehrlichkeiten bewilligen dürfen, ich denke an 50 % des Projekts Feuerwehr: dass sie einen guten, funktionsfähigen Fahrzeugpark haben. Das ist unser wesentliches Verdienst, dass wir uns hier drin zusammenschliessen konnten. Vorhin ist etwas gekommen, wo es mich einfach gelupft hat: Wegen der Sozialen Dienste. In jenen Rosarote-Wölkchen-Zeiten haben wir auch mal über Stellenprozente von wichtigen Projekten diskutiert. Eines war 50 Prozent, eine 50-Prozent-Stelle Sozialer Dienst, der mehr als nur überlastet ist. Das wissen auch die Personen aus jenen Parteien, die dort mitarbeiten, und übrigens, wie ich gehört habe, sehr tragend mitarbeiten. Zu gleicher Zeit haben wir etwas anderes gemacht, auch eine Begehrlichkeit: Wir haben die Ortspolizei um 200 % aufgestockt, zum Beispiel, auch das war etwas, das man machte, weil wir gemerkt hatten hier drin miteinander, das ist etwas, das Allschwil weiterbringen kann. Und ich hoffe sehr, die Zusammenarbeit Gemeinderat, FiReKo

und Parlament wird Allschwil halt auch mit solchen Ausgaben, die wirklich wichtig sind, weiterbringen können. Jetzt habe ich viel geredet, hoffentlich auch eine Antwort für Basil Kröpfli.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Die FiReKo verlangt über die Jahre gleichmässig verteilte Investitionen. Der Gemeinderat widerspricht und sagt, die Investitionen haben in Relation zur Selbstfinanzierung zu sein. Und ich widerspreche nochmals: a) müssen wir feststellen, welcher Investitionsbedarf besteht, der notwendig ist, da gebe ich durchaus diversen Vorrednern recht, wir müssen uns beschränken auf das, was notwendig ist. Die Definition allenfalls ist: Was erachtet wer als notwendig? Wenn wir den Investitionsbedarf kennen, wird daraus: kennen wir den Finanzbedarf. Und der dritte Punkt dann ist: den Finanzbedarf sicherstellen. Und von dem her muss es genau der umgekehrte Weg sein von dem, was der Gemeinderat vorschlägt. Ich komme zurück zu meinem Fragen zum Investitionsplan. Ich danke für die Ausführungen allen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, die da antworten durften. Ich stelle fest, der Gemeinderat kennt die Antworten, und die Veränderungen, die sich gegenüber dem letztjährigen Finanzplan ergeben haben, sind plausibel. Ich bedaure dabei lediglich, dass das Zahlenmaterial unvollständig abgebildet ist im Finanzplan, und ich hoffe, dass wir in einem halben Jahr einen Finanzplan vorgelegt bekommen, wo im Investitionsplan sämtliche Kolonnen richtig ausgefüllt sind. Und das Zweite, was ich mir wünsche, ist, dass man, analog zu einer Rechnung oder einem Budget, kommentiert, warum sich welche Zahl verändert hat, dann ist es nämlich nachvollziehbar und erspart es uns, hier diese Fragen zu stellen. Gestützt auf die Unvollständigkeit und die fehlenden Kommentare, wenn ich die Möglichkeit hätte, würde ich ihn zurückweisen. So nehme ich ihn lediglich ein bisschen enttäuscht zur Kenntnis.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz zurückkommen auf die Anfrage von Herrn Kröpfli, wo ich konkrete Sparmöglichkeiten sehen würde. Es ist natürlich so, eine Patentlösung, wie man jetzt die finanziellen Probleme löst, die habe ich auch nicht im Ärmel. Es ist mir auch nicht möglich, da heute Abend jetzt unsere Finanzen ins Reine zu bringen. Was ich vorhin sagen wollte, ist einfach: Ich finde es einfach nicht richtig, wenn man sagt, man könne das langfristig nur mit Steuererhöhungen in den Griff bekommen, oder mit einer generellen Aufgabenüberprüfung, oder mit weiteren Einsparungen. Mir ging es einfach darum zu sagen, es wird unsere Aufgabe sein, hier im Einwohnerrat bei den zukünftigen Budgets halt genau anzuschauen, was ist wirklich notwendig; und da muss natürlich dann auch geschaut werden, dass dann auch die einzelnen Gruppierungen auf ihre Rechnung kommen und nicht zu kurz kommen. Man kann nicht sagen, da kann man sparen, dort kann man sparen; das müsste man dann halt jeweils genau überprüfen und beim Voranschlag dann genau anschauen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Grundsätzlich wollte ich jetzt etwas zu Thomas Pfaff sagen, aber ich möchte noch ganz schnell an das CVP-Votum etwas anhängen. Es erstaunt mich schon ein bisschen, dass man etwas bellt, aber selber keinen Lösungsvorschlag hat. Wir wissen ganz genau, was wir für Auslagen künftig haben werden, und wir wissen, dass diesen Auslagen die CVP zustimmen wird, immer mit dem Gleichen: Wir von der CVP-Fraktion haben das eingehend studiert und können leider nicht anders, als dem zuzustimmen. Wir können aber auch einmal etwas anderes machen, wir können einmal Nein sagen. Oder man könnte in die Vergangenheit zurückschauen und sich entschuldigen für das, was man alles schon bewilligt hat, wovon man im Nachhinein weiss, dass das uns die finanzielle Misere eingebracht hat. Und wir von der SVP haben immer wieder darauf hingewiesen, das können wir uns nicht leisten, auch wenn es noch so lässig wäre. Und jetzt, wenn der Gemeinderat gemäss WOV uns diesen Finanzplan vorlegt, dann noch anfangen zu wollen herumzuschraubeln, und noch Vorwürfe machen und sagen, man sollte noch ein bisschen genauer planen und so... Das ist, Thomas Pfaff, das Instrument des Gemeinderates, und er muss eigentlich sich die vielen Fragen beantworten, die du ihm gestellt hast. Das liegt nicht an uns, diesen Finanzplan derart auseinanderzunehmen. Und du bist ja Kandidat für den Gemeinderat, und unter Umständen wirst du dich schon gleich selber mit dem auseinandersetzen könne, und da bin ich dann gespannt, wie dann der Finanzplan aussieht.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich möchte Ihnen im Namen des Gemeinderates heute Abend für die sachliche Diskussion danken. Wir wissen, es ist schwierig zu verstehen, was das für ein Instrument ist, so ein Finanzplan, insbesondere wenn man ihn nur zur Kenntnis nehmen darf, an ihm eigentlich Details interessieren, und auf der anderen Seite diese Details so nicht vorgestellt werden können und auch nicht müssen. Ich darf nur so viel sagen: Die beiden künftigen Gemeinderäte werden staunen, mit wie viel Papier, mit wie viel Zahlen, und wie viel Unterlagen sie bei der Ausarbeitung eines Finanzplanes konfrontiert sein werden. Und der Details sind nicht genug. Ich möchte Sie also bitten,

gehen Sie anhand der Zusammenfassung, die Sie jetzt auf dem Tisch haben, nicht davon aus, dass nicht kiloweise Papier hintendran steht Das wäre falsch. Und genau darum konnten wir zu jeder einzelnen Position ganz detailliert Auskunft geben, und wir können sie ihnen geben bis ins Jahr 2020. Sie müssen nur fragen. Die Finanzsituation der Gemeinde Allschwil ist heute mehrfach diskutiert worden. Es war das Ziel des Gemeinderates, und das haben wir getan, unbeschönigt und klar die Situation aufzuzeigen – 2008 bis 2012. Und dass die Message des Gemeinderates zur Kenntnis genommen worden ist, das hat heute die Einwohnerratssitzung ganz deutlich gezeigt. Wie wir mit dieser Situation umgehen, das ist eine andere Frage. Sparmassnahmen, Aufgabenüberprüfungen – das ist eine schwierige Sache, und wir wissen, wenn es am Schluss in der Politik um Details geht, das wird sehr problematisch zu diskutieren. Ich möchte aber auch klar sagen, auch wenn ab und zu jetzt der Eindruck entstanden wäre, dass es Allschwil furchtbar schlecht geht – wir haben auch Chancen, und davon haben wir heute Abend noch nicht geredet. Wir haben Chancen, indem wir feststellen dürfen, dass schon im laufenden Jahr 2007 die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen am Steigen sind, und wir dürfen davon ausgehen, dass, wenn wir ein bisschen weiterhin Glück haben, und das gehört halt auch dazu, bei den juristischen Personen noch einiges dazukommen wird. Mit anderen Worten: Die Wirtschaftsförderung in Allschwil fruchtet, und wir dürfen davon ausgehen, dass weitere Firmen sich in Allschwil niederlassen oder sich effektiv weiterentwickeln werden, damit Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen. Wir sind nicht nur als Wirtschaftsstandort interessant, ich möchte darauf hinweisen, wir sind auch interessant als Wohnort. Alle die Wohnungen, die gebaut worden sind und noch gebaut werden, sind besetzt; ich denke an den Sandweg, an das Ziegelei-Areal. Auch dort kommen neue, so genannte natürliche Personen nach Allschwil und bedeuten für Allschwil eine Chance. Ich weiss nur noch nicht, wie gross diese Chance ist. Aber Allschwil hat auch Chancen. Und es war mir wichtig, Ihnen dies heute Abend, nach dieser ein wenig schwierigen Diskussion über die Finanzsituation, auch nochmals vor Augen zu führen. Ganz zum Schluss möchte ich auch der FiReKo danken, insbesondere Verena Meschberger. Sie sagte es vorhin, wir hatten heftige bis heftigste Diskussionen gehabt, Verena! Verena, Nicole und ich haben immer gerne gestritten miteinander, aber ich möchte auch ganz klar etwas unterstreichen: Wir haben immer wieder auf den Boden, und am Schluss zur Sache gefunden. Und das habe ich mit Nicole Nüssli vorher abgemacht, dass ich das heute Abend doch auch nochmals deutlich unterstreichen möchte.

Susanne Studer, Präsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit ist die Beratung zum Finanzplan 2008 – 2012 abgeschlossen. Ich möchte noch auf Seite 13 vom Gemeinderat den Antrag abstimmen.

://:

Mit grossem Mehr wird von der Finanzplanung der Einwohnerkasse und der Spezialfinanzierungen über die Jahre 2008 – 2012 Kenntnis genommen.

PAUSE

Susanne Studer, Präsidentin: Fahren wir weiter. Der Gemeinderat hat nichts im Info-Fenster, somit kommen wir zum Traktandum 3:

318 06.050 Feuerwehr

Traktandum 3
Bericht des Gemeinderates vom 17.10.2007 betreffend Teilrevision des
Reglements über die Feuerwehr Allschwil vom 12. Juni 2007, direkte Beratung,
1. Lesung
Geschäft 3750

Susanne Studer; Präsidentin: Das Büro des Einwohnerrats schlägt Ihnen vor, dieses Geschäft 3750 mit der direkten Beratung und einer Lesung zu behandeln.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wir beantragen Euch zwei Lesungen, aber dennoch direkte Beratung, apropos heute Abend die erste Lesung. Einerseits ist es bei den Reglementen allgemein Usus gewesen bis heute, dass man bei Reglementsangelegenheiten zwei Lesungen macht, und ich denke auch, es kann sein, heute Abend kommen zu diesem Geschäft wahrscheinlich Ideen, kommen Anregungen, Anträge, in unsere Runde hinein; und ohne vorzugreifen: ich denke es ist es wert, dass man sich Zeit nimmt im gewohnten bisherigen Rahmen, und auch wertschätzend gegenüber einem Reglement, dass man zu der heute folgenden Diskussion auch eine zweite Lesung macht. Rückwirkend kann man das auch von der Januar-Sitzung her auf den 1.1. machen, das ist kein Problem. Es wäre schön gewesen, man hätte diese Zeit vorgestern gehabt und heute die zweite Lesung gemacht, dann wäre es problemlos durchgegangen. Ich denke aber auch in dieser Situation können wir uns Gedanken machen und dann rückwirkend auf den 1.1. einführen. Wir appellieren auf zwei.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich sehe das Problem nicht, dass wir da zwei Lesungen machen müssten. Es geht da lediglich um eine Übernahme von kantonalem Recht auf Gemeindeebene. Und der Antrag, der uns da ja noch vorliegt, und der nicht begründet ist, in dem Antrag selber sehe ich keinen Hinderungsgrund, dass man das nicht in einer Lesung machen könnte. Das Büro hat das so beschlossen, uns das zu beantragen, in diesem Büro hat die SP zwei Personen als Vertretung, und deshalb denke ich, entweder habt ihr das nicht miteinander kommuniziert, oder ihr wisst nicht, was die dort oben machen. Die Leute im Büro sind Vertretung der Fraktion und die sollten das ja mit euch rücksprechen. Und ich appelliere, dass wir dem Antrag des Büros folgen.

Siro Imber, FDP-Fraktion: Paragraph 75 des Geschäftsreglements heisst, dass alle Erlasse der doppelten Beratung unterliegen, und „Erlass“ ist generell eine abstrakte Regelung, und wir sind zuständig für Reglemente, und das wäre ein Reglement, und so prima vista würde ich sagen, wir müssen das machen, sonst würden wir einfach unser Geschäftsreglement verletzen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Einfach zur Klärung: Ich weiss nicht die Traktandenliste, die im Büro diskutiert wird. Ich erfahre die wie Ihr alle zusammen auch. Ich habe keine Antenne dort.

Susanne Studer; Präsidentin: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Wir stimmen den Antrag von Herrn Winter ab. wer für eine zweite Lesung ist, zeigt bitte die Karte.

://:

Der Antrag von Jean-Jacques Winter auf direkte Beratung in zwei Reglementslesungen wird mit 26 : 7 Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.

Gemeinderätin Saskia Schärer, Vorsteherin Einwohnerdienste – Sicherheit: Sie konnten es in der Vorlage sehen, ich kann mich sehr kurz fassen. Es geht vorliegend um eine Anpassung an höherrangiges Recht. Auch wenn die Ersatzabgabe nicht eine Steuer ist, wie wir vorgestern gehört haben, macht es doch Sinn, dass sie den Regelungen der Steuer folgt, weil sie nämlich erhoben wird als Prozentsatz der Steuern. Und da gibt es ein Bundesgesetz zur Harmonisierung der Steuern, und aufgrund dessen hat der Kanton seine Gesetzgebung angepasst. Was wir jetzt da machen, ist eigentlich nur eine zwingende Anpassung an das kantonale Gesetz. Früher, vielleicht können Sie sich erinnern, wenn man umgezogen ist mitten im Verlauf eines Jahres, dann musste man noch zwei Steuererklärungen abgeben und musste – als ich nach Allschwil zog, kam ich von Basel und musste in Basel eine machen und in Allschwil eine machen. Heutzutage zählt der Wohnsitz vom 31. Dezember und man macht nur noch eine Steuererklärung. Und dieser Grundsatz wird mit diesem Reglement jetzt nachvollzogen, insofern kann ich eigentlich nicht sehr viel mehr dazu sagen. Vielleicht noch zu dem schriftlichen Antrag, der uns vorliegt, von Thomas Pfaff: Der Gemeinderat sieht keinen Grund, dem zu folgen, weil, was vielleicht in der Vorlage, wenn Sie es anschauen, ein Missverständnis sein könnte, auf Seite 3 ist natürlich die Meinung, wer von der Gemeinde wegzieht, ist von der Ersatzabgabepflicht befreit; dort müsste man, um es ganz klar zu machen, sagen: „in Allschwil befreit“; aber am neuen Ort ist er natürlich nicht befreit. Insofern muss jeder diese Ersatzabgabe leisten, und wer im Laufe des Jahres stirbt, muss sie halt leisten für die Zeit, in der er noch hier lebte. Es käme uns auch nicht in den Sinn, zum Beispiel auf die Steuererhebung zu verzichten, nur weil im Laufe des Jahres ein Todesfall eingetreten ist. Und insofern ist der Gemeinderat der Meinung, er bleibt bei seinem Antrag so, wie er in der Vorlage an den Einwohnerrat gestellt worden ist.

Susanne Studer, Präsidentin, stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist und fordert die Ratsmitglieder auf, sich in die Rednerliste eintragen zu lassen.

Alice Märky, FDP-Fraktion: Wir haben das in der FDP besprochen und finden es natürlich in Ordnung, dass man das dem kantonalen Gesetz angleicht. Zum Antrag von Thomas Pfaff möchte ich einfach sagen, wie auch vorhin Saskia Schärer erwähnt hat, dass ja, wenn jemand stirbt, es auch mit den Steuern einen Abschluss gibt zum Todesdatum. Wir hoffen allerdings, dass, gerade speziell auch wegen der Feuerwehr, dass so wenig wie möglich der Fall eintreten wird. Und soweit haben wir den Eindruck, dass man das drinlassen könnte, den Artikel 2.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Mit der Anpassung des Feuerwehrreglements an das kantonale Normenreglement findet ein Systemwechsel statt bezüglich welcher Gemeinde man zukünftig ersatzabgabepflichtig ist. Nach bisherigem Recht, Gemeinderätin Schärer hat es erklärt, war man bei Zu- und Wegzug während des Jahres anteilig in beiden Gemeinden ersatzabgabepflichtig. Neu ist man für das ganze Jahr in der Gemeinde ersatzabgabepflichtig, wo man am 31. Dezember wohnt. Die einzige Ausnahme da gibt es bei Zu- und Wegzug ins, beziehungsweise vom Ausland. In dem Fall bleibt es bei der anteiligen Ersatzabgabepflicht, das ist auch richtig, um eine Doppelbesteuerung mit dem Ausland zu verhindern. Soweit sind wir von der SP/EVP-Fraktion mit diesem Systemwechsel völlig einverstanden, das Ganze wird einfacher, nur noch einmal ausfüllen fürs ganze Jahr, egal auch wenn man während des Jahres umgezogen ist. Ersatzabgabepflichtig ist man also fürs ganze Jahr, wenn man am 31. Dezember in Allschwil wohnt. Wir finden es jedoch stossend, dass die neue Regel, wonach man für das ganze Jahr ersatzabgabepflichtig ist dort, wo man am 31. Dezember wohnt, im Todesfall nicht zur Anwendung kommt. Da bekommt die leidgeprüfte Familie, die ein junges Familienmitglied im Alter von 20 bis 40 Jahren verloren hat, noch eine Rechnung für eine anteilmässige Ersatzabgabe präsentiert. Das finden wir pietätlos. Wir sind der Meinung, dass es auch in diesem seltenen Fall, wo ein junger Mensch verstirbt, keine besondere Regelung braucht. Und aus dem Grund beantragen wir die Streichung vom § 6 Abs. 2. Wenn jetzt Frau Gemeinderätin Schärer argumentiert, die Steuerrechnung kommt ja auch, und dort ist es ja auch anteilmässig: richtig, und das muss dort sein. Aber das ist eben der grosse Unterschied. Bei einer Steuerschuld geht es um die Besteuerung von Vermögen und Einkommen, und allfällige Einkünfte gehen weiter an die Erben. Es bleibt also über den Tod hinweg bestehen. Es besteht weiterhin eine Steuerpflicht. Da definiert der Todestag lediglich den Stichtag für die Abgrenzung, nämlich die Abgrenzung der Steuerrechnung des Verblichenen gegenüber der Steuerrechnung der Erben. Und darum macht bei einer Steuerschuld die Regelung Sinn. Es ist aber keineswegs vergleichbar mit einer Ersatzabgabe, denn die ist personengebunden und nicht vermögensgebunden. Auch da gilt, was ich schon vor zwei Tagen anlässlich der Budgetdebatte sagte: Die Feuerwehersatzabgabe ist keine Steuer und darf darum nicht wie eine Steuer behandelt werden oder mit Steuern verglichen werden. Ich bitte, noch schnell die Folie zu zeigen. Vor einem Monat habe ich dummerweise die Folie daheim liegen gelassen, was mich dazu zwang, das handschriftlich schnell aufzuschreiben. In der Zwischenzeit habe ich ihn in gedruckter Form eingereicht zu Händen der Akten, und damit es auch ja keine Missverständnisse gibt über den Text, Sie sehen jetzt den Text auf der Folie eingeblendet. Ich danke Ihnen und bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich bin jetzt schon enttäuscht, auch wenn du jetzt eine Begründung gesagt hast, warum du das eingereicht hast. Dieser wenige Text ist sehr schnell geschrieben, vielleicht hast du nicht mehr Zeit gehabt, weil du alles andere so ganz pingelig anschaust. Was mir einfach an diesem Antrag fehlt, habe ich schon eingangs einmal gesagt: die Begründung. Und wir haben gelernt, dass zu einem Antrag eine Begründung gehört. Entschuldigung für die Belehrung. Zum Thema „pietätlos“: Eine Lebensversicherung ist geschuldet für das ganze Jahr. Wenn du im Januar die Lebensversicherung zahlst fürs '08 und im April verstirbst, bekommen deine Erben das Geld nicht zurückbezahlt von der Versicherungsprämie, die du im Januar bezahlt hast. Das ist jetzt einfach mal so, und was mit Abgaben ist, das schuldet man bis zum Tag des Todes. Denn bis zum Tag des Todes hat man, eben, keinen Feuerwehrdienst geleistet, und deshalb ist man abgabepflichtig. Und wenn ich jetzt überlege, wie hoch dieser Betrag ist, verstehe ich nicht, dass man so eine Riesensache macht, dass wir jetzt auf Gemeindeebene das anpassen sollten, was im Kanton Usus ist, oder auch ganzschweizerisch. Ich bitte doch ganz herzlich, dass wir diesen Antrag nicht berücksichtigen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion stimmt dieser Teilrevision zu, was die Anpassung an das kantonale Reglement vorsieht. Zum Antrag von Herr Pfaff sind wir relativ nicht ganz einig Meinung, und

zwar ich persönlich weiss nicht, können wir das überhaupt machen? Wir haben da ein kantonales Reglement, können wir da jetzt einfach so abweichen? Dazu hatten wir es schwer, einen Entscheid zu fällen. Erlauben Sie mir noch eine persönliche Bemerkung dazu. Ich bin Mitglied der Feuerwehrkommission, und ich habe auf der Traktandenliste für den Einwohnerrat von diesem Geschäft Kenntnis bekommen. Also, es wäre schön, auch wenn es nur Anpassungen an kantonale Bestimmungen sind, wenn das doch durch die bestehenden Kommissionen vorberaten werden könnte.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Also, es ist ja eigentlich gut ausgeführt worden von Saskia Schärer, oder, es ist übergeordnetes Recht, und von dem her, oder, was dann innerhalb von Feuerwehrsachen, was das anbelangt, Abgaben und alles, wenn jemand zügelt, oder, in die andere Gemeinde, es ist ja auch ein wenig, wie sagt man dem, eine Steuerharmonisierung generell, oder, man weiss dann ungefähr, was, auch Ersatzaufgaben, was auf einen zukommt, ich meine, man geht ja sicher nicht von einer Gemeinde in die andere zum Wohnen, ich glaube, das ist das Letzte. wonach einer schaut, wie viel Ersatzabgaben, ich zahlen muss. Ich nehme an, es deckt sich dann ungefähr im Verhältnis zu den Einkommensteuern. Und das Argument da, ich finde es eigentlich, Thomas Pfaff, ich kann das nicht nachvollziehen. Also für mich sind das wirklich pseudosozialromantische Gedankengänge, oder, die ich eigentlich total unlogisch finde. Und von dem her, es ist fast ein Witz, oder, und von dem her können wir diesen Antrag nicht unterstützen, und würden sagen, die Vorlage ist so in Ordnung, wie sie ist. Und von mir aus reicht das, was da auf dem Papier drauf ist, es ist ja keine komplizierte Vorlage, in einer Lesung durchzuführen und nicht noch Theater zu machen. Ich meine, wir sind ja nicht gerade im Eilzugstempo da bei unseren Sachen, bei unseren Geschäften, jetzt war es 8 Uhr, oder, und wir sind ja schon beim Traktandum 3 oder 4, oder, das ist ja wahnsinnig, und von dem her sollten wir schon schauen, dass wir das in einer Lesung schaffen können. Also: für Eintreten auf die gemeinderätliche Vorlage, so, wie sie ist.

Gemeinderätin Saskia Schärer, Vorsteherin Einwohnerdienste – Sicherheit: Vielleicht nur noch etwas: Bei der Ersatzabgabe handelt es sich um eine persönliche Verpflichtung, und die geht nicht mit dem Tod des Pflichtigen automatisch auf die Erben über, sondern es läuft wie mit allem anderen in der Erbschaft: Entweder die Erben nehmen das Erbe an so, wie es ist, oder sie nehmen es unter Vorbehalt an. Wenn sie es aber ausschlagen, dann haften sie für diese Schuld nicht. Also es ist eine Schuld, die in die Erbschaft fällt, und die nicht zu einer Schuld der Erben wird. Das wollte ich einfach zur Klarstellung noch sagen.

1. Lesung der Teilrevision des Reglements über die Feuerwehr Allschwil

[**Ursula Pozivil**, 2. Vizepräsidentin, ruft die Bestimmung des § 6 absatzweise auf, **Felix Keller**, 1. Vizepräsident, stellt die Wortmeldungen fest]

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Absatz 1
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 1 lit. a.
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 1 lit. b.
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 1 lit. c
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 1 lit. d.
Kein Wortbegehren

§ 6 Erhebung der Ersatzabgabe, Abs. 2

Susanne Studer, Präsidentin: Zu diesem Absatz liegt der Antrag Thomas Pfaff vor. Wir stimmen über diesen ab. Herr Pfaff haben sie noch Ausführung zu ihrem Antrag? [Zuruf Th. Pfaff: Nein.]

Antrag Thomas Pfaff
§ 6 Abs. 2 der beantragten Fassung wird ersatzlos gestrichen.

://:

Mit 18 : 10 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, wird der Antrag Thomas Pfaff abgelehnt.

Susanne Studer, Präsidentin: Ich stelle keine weiteren Wortbegehren fest. Somit ist die erste Lesung abgeschlossen.

://:

Die 1. Lesung der Teilrevision des Reglements über die Feuerwehr Allschwil vom 12. Juni 2007 ist abgeschlossen.

319 01.180 Verwaltungsorganisation

Traktandum 4

**Bericht des Gemeinderates vom 08.08.2007 betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 38'000.00 für die Schaffung der notwendigen Büroräumlichkeiten und deren Einrichtung und Ausstattung bei den sozialen Diensten
Geschäft 3740**

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Soziale Dienste – Gesundheit: Mit der Vorlage 3696 – Personalaufstockung bei den sozialen Diensten – haben wir Ihnen auch einen Verpflichtungskredit von 38'000 Franken beantragt, um die entsprechenden Büroräumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Dem haben Sie zugestimmt, und wir legen Ihnen jetzt die Abrechnung vor. In Zusammenarbeit mit dem Hochbau und der Informatik ist eine praktikable Lösung ausgearbeitet worden und auch umgesetzt worden. Es hat natürlich einige Verschiebungen gebraucht. Man musste das grösste Büro räumen und in andere umräumen und umzügen, und dank dieser guten Zusammenarbeit mit dem Hochbau und auch der eigenen Arbeit, die die Hauptabteilung gemacht hat, hat man den Kredit um 7'379.65 unterschreiten können. Es war eine ganz einfache, schlichte Umbauung mit entsprechendem Inventar innen. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Susanne Studer, Präsidentin, stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist und fordert die Ratsmitglieder auf, sich in die Rednerliste eintragen zu lassen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Des Öfteren sind ja die Sozialen Dienste, manchmal habe ich den Eindruck, die Prügelabteilung unserer Gemeinde. Um so mehr macht das Ganze eine riesengrosse Freude, dass die Verwaltung und der Gemeinderat – machen wir die richtige Reihenfolge: der Gemeinderat und die Verwaltung – das Problem sehr schnell erkennen, eine machbare Lösung finden und so eine tolle, günstige Abrechnung präsentieren konnten. Immer wieder wird über die Sozialen Dienste hier drinnen debattiert, positiv oder negativ sich geäußert – braucht man sie, braucht man sie nicht? Ich bin einfach sehr froh, dass die Unterschreitung dieses Projekts grösser ist als die zusammengezählte Redezeit über das Problem hier drinnen.

Susanne Studer, Präsidentin, stellt fest, dass keine Wortbegehren mehr vorliegen und lässt über die Kenntnisnahme abstimmen.

://:

Von der Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 38'000.00 für die Schaffung der notwendigen Büroräumlichkeiten und deren Einrichtung und Ausstattung bei den sozialen Diensten wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.

Susanne Studer, Präsidentin: Damit ist das Geschäft 3740 abgeschlossen.

320 11.140 Gemeindeprojekte

Traktandum 5

**Bericht des Gemeinderates vom 07.11.2007 betreffend Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 2'080'000.00 inkl. MWST (inkl. Holzpellettheizung) für die Erstellung eines ‚Begegnungszentrums / Robinson-Spielplatz am Hegenheimermattweg‘ (Parzelle A263)
Geschäft 3615B**

Gemeinderat Roman Meury, Vorsteher Hochbau – Raumplanung: Auf dem Bild, das Sie mit der Abrechnung bekommen haben, sehen Sie, was für ein wunderschönes Gebäude man mit diesen 2,08 Millionen hat realisieren können. Und wenn Sie sehen, dass die Kreditunterschreitung auch 8'800 Franken betragen hat, dann können Sie sich vorstellen, wie sehr man während dieser ganzen Bauzeit immer und immer wieder schauen musste: Verträgt's das noch, verträgt's nicht mehr? Ich möchte doch darauf hinweisen, wenn Sie das Verhältnis anschauen: Wir haben vorhin 8'000 unterschritten bei 38'000, und jetzt bei dieser hohen Summe. Dem Geschäft ist ja eine Zusammenarbeit voraus und auch parallel gegangen zwischen der Abteilung BEK und der Abteilung Hochbau, indem der ganze betriebliche Teil natürlich vom BEK bestritten wurde, und wir aus der Hochbauabteilung durften dann das Projekt realisieren. Sie wissen, dass wir ja am Anfang, das ist in diesem Bericht auch nochmals erwähnt, doch einiges hinter uns bringen mussten mit Einsprachen, die wir hatten, und das Projekt wurde dadurch ja dann wesentlich verzögert. Wenn Sie aber auf Seite 4 schauen „Meilensteine in diesem Projekt“, dann meine ich, es ist schon toll, was für eine kurzen Zeit wir effektiv von der Volksabstimmung bis jetzt zur vorliegenden Abrechnung hinter uns haben, das sind unter zwei Jahre, und wir haben bereits die Abrechnung vor uns, obwohl wir so eine grosse Verzögerung drin haben. Die eigentliche Bauphase ging ja nur etwa ein Jahr – Bauphase mit Abrechnung. Es ist mir darum ein grosses Anliegen, all denen zu danken, die daran beteiligt waren, das ist die begleitende Baukommission, die aus Vertreterinnen und Vertretern aus dem Einwohnerrat bestückt war, plus von den Betreibern und Benützern, also Robi-Verein und effektive Benützer, wie Leiter Robi und Leiter Begegnungszentrum. Und diese Zusammenarbeit war ausserordentlich erfreulich, auch in dem Sinn, dass man sich von allen Seiten einfühlen konnte, wenn man zufolge finanzieller Probleme – der Kredit war nun einfach sehr, sehr knapp – für das eine oder andere andere Varianten überlegen musste, um zu einer Lösung zu kommen, die es auch vertragen hat. Und da war es sehr wichtig, dass die Leute in dieser Kommission so gut mitgearbeitet haben. Und ich möchte mich im Namen des Gemeinderates bei all denen bedanken, die daran beteiligt sind. Von Seiten unserer Abteilung war verantwortlich, wir brauchen ja einen, der verantwortlich zeichnet auch gegenüber dem Architekten, Herr Andreas Gisske. Wir hatten auch in der Person des Architekten, ich durfte das schon sagen, als es um die Vorlage ging, jemanden erwischt, der sich wirklich in die Problematik hineindenken konnte, die man hier lösen musste. Ich konnte dort schon sagen, der Mann war zwei, drei Tage auf dem Robi-Platz draussen und hat gespürt, was es braucht. Und das hat Eingang gefunden in diesem tollen Gebäude, von dem man wirklich sagen kann: Es ist schön, es ist aber auch ausserordentlich zweckmässig. Ganz speziell möchte ich nochmals darauf hinweisen – Sie haben das in Ihrer Abrechnung – auf die Eigenleistungen des Robi-Vereins. Das ist nicht selbstverständlich, dass ein Verein bereit ist, da nicht nur ideell, sondern auch finanziell an solch ein Projekt beizutragen, und das war ein wesentlicher Punkt. Wir konnten damit Details realisieren – im Bereich Küche, im Bereich Ludothek und so weiter – die halt sonst vielleicht nicht möglich gewesen wären. Ich bitte Sie also, von dieser sehr erfreulichen Abrechnung Kenntnis zu nehmen und ihr so zuzustimmen.

Susanne Studer, Präsidentin, stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist und fordert die Ratsmitglieder auf, sich in die Rednerliste eintragen zu lassen.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Im Namen der ganzen Fraktion SP-EVP möchte ich Dankeschön sagen für das grossartige Gebäude, das wir hier bekommen haben. Mit grosser Freude haben wir festgestellt, dass der Verpflichtungskredit eingehalten werden konnte. Das ist in der heutigen Zeit sicher schon fast eine Sensation. Einen Wermutstropfen hatten wir: die Bauverzögerung dieser 12 Wochen durch diese Einsprache, die halt alles ein bisschen verteuert hat, beziehungsweise dass man mehr einsparen musste. Der Kredit ist also eingehalten worden durch den grossen Einsatz von verschiedenen

Personen, wie es Herr Meury sagte. Gerade ihm ganz speziell möchten wir danken, auch von der begleitenden Baukommission, für den tollen Einsatz und für die guten Informationen, die er uns gegeben hat. Ein Dank auch an Heinz Giger, der immer da war, und für seinen grossen Einsatz danken wir auch Andreas Giske. Bei ihm sind die Fäden zusammengelaufen, beziehungsweise er hat sie auch zusammengehalten. Vielen Dank auch an Frau Fischli, die leider nicht da ist, vom Robi-Verein, die mit viel Herzblut und Eigeninitiative vieles kostengünstiger gemacht hat, oder der Robi-Verein hat es sogar übernommen. Dann wäre da noch Heinz Kraus – leider auch nicht da – sein riesiges Engagement kann gar nicht genug gewürdigt werden. Er war immer da. Er hat alles kontrolliert, kritisiert, gelobt, geschaut, dass nichts vergessen geht; ihm möchten auch ganz herzlich danken. Gefreut hat uns auch die Unterstützung durch unseren Werkhof. Wir sind sicher, dass die teuren Grabplatten an diesem fröhlichen Ort besser liegen. Zuletzt auch ein grosses Dankeschön an den Architekten Martin Pfister und sein Büro. Er hat das schöne Gebäude entworfen und sozusagen mitgebaut. Ich kann mir vorstellen, dass es für ihn nicht einfach war als Architekt, ständig das Einhalten des Kredits als oberstes Gebot sich anhören zu müssen, und trotzdem etwas Schönes hinzubekommen. Also nochmals allen Beteiligten vielen Dank. Unsere Fraktion ist sehr glücklich mit diesem Ergebnis.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Mit dem neuen Begegnungszentrum hat der Robinson-Spielplatz einen in vielerlei Hinsicht erfreulichen Bau erhalten. Als Mitglied der baubegleitenden Kommission konnte ich bald einmal feststellen, dass dieses Projekt in guten Händen war. Dank dem zuständigen Architekten Herrn Martin Pfister, den beiden Vertretern des Hochbaudepartements Herr Meury und Herr Giske, sowie BEK und eben auch dem Robinson-Verein und Herrn Kraus ist die Arbeit wunderbar über die Bühne gegangen. Wir konnten Materialien auswählen, und haben dann immer nach ökologisch und ökonomisch sinnvollen Kriterien wählen können, was dann gerade in dem Moment gepasst hat. Erfreulich war auch, dass ein paar Allschwiler Firmen einen Auftrag erhalten und ausführen konnten. Der Bau konnte dann nach Ablauf der Einsprache zügig und termingerecht fertig gestellt werden. Das Ergebnis ist, wie Ihr alle schon gesehen habt, ein Schmuckstück für unsere Gemeinde. Als Begegnungszentrum bietet das Haus verschiedenen Institutionen Raum und Platz. Als Robi bieten die Räume den Kindern viel Platz zum Werken, Basteln, Spielen und Herumtollen. Und eben, da auch der Robi mit Eigenleistungen von 162'000 Franken beigetragen hat, konnte man auch noch die Innenausgestaltung – Werkplätze – so ausrüsten können, dass die Kinder gerade vom ersten Tag an hämmern und nageln und machen, was sie wollten. Zudem können die Räume auch für kleine Feste gemietet werden. Und wie stimmungsvoll dann diese Räume wirken können, konnten wir am Schlussabend des Einwohnerrates im Juni feststellen. Es ist also ein gelungener Bau, der vielen Menschen in unserer Gemeinde nützt und Freude bereitet, und die CVP-Fraktion freut sich auch über diesen Bau und stimmt ihm natürlich zu.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Fangen wir mit dem Erfreulichen an. Es hat nicht so viel gekostet, wie man dachte, dank Sparmassnahmen. Weiter ist aber das zu sagen, wir wissen dass die Schweizer Demokraten dagegen waren, und sie selber nicht so ganz verstanden haben, dass wir dafür waren. Es stand dort auch im Raum, dass das eigentlich relativ teuer ist. Aber wenn man sieht, was gemacht worden ist, dann finde ich, ist es eigentlich in einem Verhältnis, das man akzeptieren kann vom Preis. Darum erstaunt es mich eigentlich doppelt, dass eigentlich ein Feuerwehr-Depot, das quasi nicht viel bringen muss, weil alles an Material oder so schon vorhanden ist, um einiges teurer werden sollte als dieser Robi. Was mich ein wenig misstimmt, ist eigentlich nicht das, was Mathilde Oppliger sagte, dass das so eine gute Räumlichkeit ist, wie wir das gesehen haben beim Einwohnerrats-Essen. Mir ist das eigentlich gerade anders aufgefallen. Wir waren dann zwei Gruppierungen bei diesem Einwohnerrats-Essen, die einen in dieser Räumlichkeit und die anderen dort. Es ist schade, dass nicht eine grössere Räumlichkeit gemacht wurde, oder dass es so gewesen wäre, dass man es mit einer Falttüre hatte machen können, dass es zu einem grösseren Raum wird, damit man es auch wirklich ideal nutzen kann. Es ist jetzt einfach so, das ganze Geschäft ist ein bisschen in die Anfangsphase der SVP-Fraktion gefallen, damals haben wir noch nicht so ganz gewusst, wie diese ganzen Mechanismen laufen, zwischenzeitlich haben wir uns eingelezen und eingearbeitet, wir wissen jetzt, wie wir bei anderen Sachen anders vorgehen würden. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass wir richtig entschieden haben, dass wir diesem Robi zugestimmt haben, aber mittlerweile hat man auch von vielen Leuten schon gehört, dass er halt dich ein wenig am falschen Platz ist. – Ja, jetzt wäre eben die Wegmatten frei. Dazumal war es halt nicht anders möglich, aber es ist uns so zugetragen worden, dass gewisse Beratungsunternehmen, die anscheinend dort drin sind, eigentlich sich schon wieder überlegen hinauszugehen. Das finde ich ein bisschen schade. Da müsste man vielleicht ein wenig drauf schauen, dass das nicht passieren sollte. Wir selber nehmen natürlich diese Abrechnung zur Kenntnis, wir haben ja keine andere Wahl.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wir haben natürlich wirklich eine Riesenfreude, dass das so gut gelaufen ist, und ich kann mich einfach dem Dank meiner Vorredner anschliessen. Was mich und uns speziell freut – was ich weiss, und das weiss ich aus erster Hand, denn mein Sohn ist dort Praktikant – es läuft wie verrückt dort drinnen. Das ist super. Das ist handeln für morgen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Jürg, Danke für dein Schlusswort: Handeln für morgen! Ich erlaube mir eine Zwischenbemerkung. Meine Damen und Herren, im Rat drinnen können wir alle unser Unbehagen, oder unser „Ich weiss halt nicht weiter“ mit Stimmenthaltung kundtun. Ich fände es genau so schön, bei Voten von Delegierten der Gemeinde, von unseren Einwohnerinnen und Einwohnern, die hier drin reden, auch da kann man das Unbehagen, oder halt das Nicht-weiter-Wissen vielleicht auch mit Enthalten, Stimm-Enthalten, oder Schweigen kundtun. Ich danke für mehr Ruhe hier drinnen.

Susanne Studer, Präsidentin, lässt, nachdem es keine Wortmeldungen mehr hat, abstimmen.

://:

Von der Abrechnung über den Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 2'080'000.00 inkl. MWST (inkl. Holzpellettheizung) für die Erstellung eines ‚Begegnungszentrums / Robinson-Spielplatz am Hegenheimermattweg‘ (Parzelle A263) wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.

Susanne Studer, Präsidentin: Damit sind die Beratungen zum Geschäft 3615B abgeschlossen.

321 13.200 Umweltmassnahmen

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 26.09.2007 betr. Postulat J. Gass, SP, i.S. 3xjährliche Überprüfung des Mühlebaches auf Wasserqualität Geschäft 3412A.1

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Wir haben ein Jubiläum zu feiern. Genau auf den Tag vor fünf Jahren ist das eingegangen. Wir sehen, wie schnell so etwas durchgeht. Und in dieser Zeit ist natürlich wieder ein Haufen Chemie den Bach hinab; aber ich musste feststellen – auch mit ein paar reden, wir haben ja das gesehen im 2006 mit der Besprechung vom AUE – dass sogar jetzt drei bis vier Messungen gemacht werden dort im Mühlebach. Also von dem her ist eigentlich die ganze Sache erfüllt. Dass man dann keine zusätzlichen machen soll, das sehe ich natürlich auch ein. Dass das AUE die ganzen Messresultate der Gemeinde gibt, das habe ich gehört, das sei so, allerdings meistens ein wenig auf Verlangen, es hapere ein bisschen, bis die tatsächlich eingehen. Aber anscheinend haben sie sie bekommen nach meiner Rücksprache. Das einzige, wo ich dagegen reden muss, ist bei Punkt 3 des Antrags, nämlich dass man es soll als erledigt machen, weil ich habe leider noch nichts im AWB gesehen, obwohl ich teilweise auch das Impressum lese, aber bis jetzt habe ich noch gar nichts darin feststellen können, dass überhaupt je einmal solche Daten veröffentlicht wurden. Und aus dem Grund würde ich beantragen, dass man es noch nicht abschreibt, weil, was noch nicht gemacht wurde, ist auch kein erfülltes Postulat. Von den anderen zwei Sachen, 1 und 2, können wir Kenntnis nehmen, das finde ich okay, aber wie gesagt, das Abschliessen würde ich beantragen: nein. Besten Dank an den Gemeinderat für die Beantwortungen.

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Tiefbau – Umwelt: Ich möchte auch dir, Jürg Gass, noch Dankeschön sagen, dass du nach Rücksprache mit der Hauptabteilung Tiefbau und nach Beizug eben der kantonalen Behörden, des Amtes für Umwelt und Energie, bereit warst, [dich] auf diese Massnahmen des Kantons zu stützen. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Überzeugung, dass die Messung im Mühlebach nicht Sache der Gemeinde ist, und wir können versichern, dass eben im nächsten Jahr diese Resultate aufgearbeitet und im Allschwiler Wochenblatt publiziert werden. Es braucht eine Weile, weil diese Daten als relativ komplizierte Zahlen vorliegen, ordnerweise, und das muss man zuerst bündeln, redaktionell anpassen, damit man das überhaupt veröffentlichen kann. Aber wir sind auf jeden Fall sicher, dass wir das bringen können, und deswegen würde ich empfehlen, auch Punkt 3, die Abschreibung dieses Postulats, auch heute schon anzunehmen.

Susanne Studer, Präsidentin, stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist und fordert die Ratsmitglieder auf, sich in die Rednerliste eintragen zu lassen.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die ersten Punkte haben wir jetzt schon abgeklärt, eben dass der Kanton Messungen macht, und das drei- bis viermal im Jahr, und dass dann auch Resultate ins AWB kommen. Wir von der CVP sind aber der Meinung, dass es dringend notwendig ist, dass die Messungen bei der Deponie Hitzmatten weitergemacht werden. Und der Gemeinderat wird gebeten, dass er am Ball bleiben soll, damit die beiden Deponien Hitzmatten und Le Letten weiterhin im Auge behalten werden, damit man da weiss, was läuft und geht, also dass man das nicht einfach schleifen lässt. Aber sonst lehnen wir das Postulat ab, aber wir möchten das dem Gemeinderat ans Herz legen, dass er das weiterhin macht.

Peter Hauser, SVP-Fraktion: Ich mache es kurz. Ich möchte mich Jürg Gass anschliessen und möchte euch auch bitten, das Postulat nicht abzuschreiben. Man weiss ja nicht, werden die Messungen dann gemacht, oder hören sie auf, und dann heisst es plötzlich wieder, ja, es ist ja nichts drin. Das weiss ja niemand, oder. Also ich möchte euch bitten, das Postulat nicht abzuschreiben.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Alle Jahre haben wir den Geschäftsbericht des Gemeinderates vor uns. Dort haben wir Postulate und Motionen drin, wo es heisst „abschreiben“ oder „stehen lassen“. Wir schreiben Sachen ab, die erledigt sind. Stehen lassen wir alles – und mag es auch zehn Jahre gehen, Tramverbindung zum Bahnhof zum Beispiel – so lange, wie es nicht fertig ist. Und dieses Anliegen von Jürg Gass ist noch nicht fertig. Wir können und wir sollen es bitte nicht abschreiben, so lange wir nicht schwarz auf weiss sehen: Das war's.

Bruno Steiger, SD-Fraktion: Ich kann jetzt da dem Gemeinderat Robert Vogt sehr gut folgen. Er hat das ganz klar gesagt, wie es ist. Und ich meine, das Geschäft kann man ruhig abschreiben, und alles andere, was jetzt da gefordert wird, das grenzt an Profilneurose. Das ist das, was ich eigentlich davon halte.

Susanne Studer, Präsidentin: Es liegen keine Wortbegehren mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates gemäss Seite 4 des Berichtes 3412A.1.

://:

1. Mit 30 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, nimmt der Einwohnerrat von den Darstellungen des Gemeinderates und dem beschriebenen Vorgehen Kenntnis.
2. Mit 32 : 0 Stimmen, bei 0 Enthaltungen, wird auf zusätzliche von der Gemeinde veranlasste Messungen aus den beschriebenen Gründen verzichtet.
3. Mit 16 : 15 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, wird das Postulat Nr. 3414 als erledigt abgeschrieben.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Nur ganz kurz. Ich möchte schnell laut denken: Wie kann man etwas abschreiben, wovon man nicht Kenntnis genommen hat? Das habe ich noch nicht ganz geschnallt. Vier haben es nicht zur Kenntnis genommen und haben es abgeschrieben. das ist mir noch ein kleines Problem zum Weiterdenken. Ich tue das gerne heute Abend noch.

Susanne Studer, Präsidentin: Am Dienstag hatten wir bis um halb zehn Uhr Sitzung. Ich möchte heute die Sitzung abschliessen. Ich möchte mich im Namen von allen bei Familie Gloor bedanken für die schöne Dekoration und für die Guetzli. Ich wünsche allen schöne Festtage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr. Damit schliesse ich die Sitzung.

